

Bericht über die Prüfung des  
Jahresabschlusses und des Lageberichts  
für das Wirtschaftsjahr  
vom 1. Januar 2010 bis zum  
31. Dezember 2010  
des  
Städtisches Klinikum Dessau –  
Akademisches Lehrkrankenhaus  
der Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg  
Dessau-Roßlau



# INHALTSVERZEICHNIS

---

<b>I. PRÜFUNGSaufTRAG</b>	<b>1</b>
<b>II. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN</b>	<b>2</b>
Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	2
<b>III. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG</b>	<b>6</b>
1. Gegenstand der Prüfung	6
2. Art und Umfang der Prüfung	6
<b>IV. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG</b>	<b>9</b>
1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	9
a) Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	9
b) Jahresabschluss	9
c) Lagebericht	10
2. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	10
a) Wesentliche Bewertungsgrundlagen	10
b) Feststellungen zur Gesamtaussage im Jahresabschluss	12
3. Wirtschaftspläne für das Wirtschaftsjahr 2010 und das Folgejahr	12
<b>V. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRAGS NACH § 53 HGRG</b>	<b>15</b>
<b>VI. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS</b>	<b>16</b>



# ANLAGEN

---

Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010	<u>Anlage</u> I
Bilanz	Seite 1
Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 2
Anhang	Seite 3 - 14
Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010	<u>Anlage</u> II
	Seite 1 - 6
Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	<u>Anlage</u> III
Rechtliche Verhältnisse	Seite 1 - 2
Wirtschaftliche Verhältnisse	Seite 2 - 6
Steuerliche Verhältnisse	Seite 6
Analysierende Darstellungen	<u>Anlage</u> IV
Kennzahlen mit 3-Jahresübersicht	Seite 1 - 3
Ertragslage	Seite 4 - 9
Vermögenslage	Seite 10 - 14
Finanzlage	Seite 15
Definition der Kennzahlen	<u>Anlage</u> V
	Seite 1 - 2
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie Sonderbedingungen	<u>Anlage</u> VI
	Seite 1 - 3

Wir weisen darauf hin, dass bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben aufgrund kaufmännischer Rundung Differenzen auftreten können.



# I. PRÜFUNGS-AUFTRAG

---

Vom Betriebsausschuss des

Städtisches Klinikum Dessau – Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau

(im Folgenden auch „SKD“, „Klinikum“ oder „Eigenbetrieb“ genannt)

wurden wir am 6. Oktober 2010 zum Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 gewählt.

Daraufhin beauftragte uns das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Dessau-Roßlau mit Schreiben vom 11. Januar 2011, den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 des Städtisches Klinikum Dessau – Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau, nach den §§ 316 ff. HGB in Verbindung mit § 131 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (im Folgenden auch „GO LSA“ genannt) zu prüfen. Bei unserer Prüfung haben wir die Vorschriften gemäß § 19 des Gesetzes über die kommunalen Eigenbetriebe im Land Sachsen-Anhalt (im Folgenden auch „EigBG LSA“ genannt) beachtet.

Der Prüfungsauftrag erstreckt sich außerdem auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 Abs. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG).

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Wir haben diesen Prüfungsbericht nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, (IDW PS 450) erstellt.

Für die Durchführung des Prüfungsauftrags und unsere Verantwortlichkeit sind – auch im Verhältnis zu Dritten – die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2002 sowie unsere Sonderbedingungen für die Erhöhung der Haftung im Rahmen der Allgemeinen Auftragsbedingungen vom 1. Januar 2002 maßgebend, die diesem Bericht als Anlage VI beigefügt sind. Die Erhöhung der Haftung findet keine Anwendung, soweit für eine berufliche Leistung, insbesondere bei einer gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung, eine niedrigere Haftungssumme gesetzlich bestimmt ist. Hier muss es bei der gesetzlichen Haftungsregelung bleiben.

## II. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

---

### Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Aus dem von der Betriebsleitung des Eigenbetriebs aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht heben wir folgende Angaben hervor, die unseres Erachtens für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebs von besonderer Bedeutung sind:

Ausgewählte Kennzahlen entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr gemäß nachstehender Tabelle:

		2010	2009	Veränderung
Jahresüberschuss	TEUR	28	2.035	-2.007
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen	TEUR	139	0	139
Betriebsergebnis	TEUR	2.335	6.468	-4.133
Finanzergebnis	TEUR	-28	232	-260
Neutrales Ergebnis	TEUR	264	-2.112	2.376
Cashflow	TEUR	2.369	4.145	-1.776
Umsatzerlöse	TEUR	104.267	103.625	642
Umsatzrentabilität	%	0,0	2,0	-2,0
Eigenkapitalrentabilität	%	0,1	7,3	-7,2
Finanzmittelbestand am Jahresende	TEUR	12.283	15.093	-2.810

### Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

- Der Eigenbetrieb betreibt ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung mit einer Bettenzahl von 675 sowie ein Altenpflegeheim mit 82 Pflegeplätzen in Dessau-Roßlau. Der Eigenbetrieb arbeitet eng mit der 100%igen Tochtergesellschaft der Stadt Dessau-Roßlau: die Medizinisches Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau gGmbH, Dessau-Roßlau, (im Folgenden auch „MVZ“ genannt), welche an den Standorten Dessau-Roßlau, Gräfenhainichen und Vockerode tätig ist, zusammen.

Die Betriebsleitung hebt hervor, dass im Wirtschaftsjahr 2010 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 104.267 (2009: TEUR 103.625) erwirtschaftet wurden. Positiv wirkten sich insbesondere die Budgetsteigerung (+ TEUR 3.208) aufgrund der Erhöhung der vereinbarten Leistungen um 488,192 Bewertungsrelationen (inklusive Überliegern) auf 30.058,677 Bewertungsrelationen (inklusive Überliegern) und der Anstieg des Basisfallwertes auf die Umsatzerlöse aus.

Im Altenpflegeheim konnten die Leistungen und Entgelte konstant auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Gegenläufig wirkte sich der tatsächliche Leistungsrückgang und die nicht erreichten mit den Kostenträgern vereinbarten Leistungen (./. 650,6 Bewertungsrelationen) im Krankenhaus im Wirtschaftsjahr 2010 auf die Umsatzerlöse aus. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 435,539 Bewertungsrelationen weniger erbracht. Der CMI sank auf 1,028 (Budget 2010: 1,078).

- Zum Anstieg des Personalaufwands um TEUR 405 auf TEUR 69.598 haben die Tarifveränderungen im Bereich des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) sowie des Marburger Bundes geführt. Des Weiteren war eine Steigerung der Anzahl der Vollkräfte um 6,9 zu verzeichnen.
- Die Erhöhung des Materialaufwands um TEUR 1.327 auf TEUR 27.645 gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus den gestiegenen Aufwendungen des medizinischen Bedarfs (+ TEUR 835). Zudem trägt zum Anstieg der Materialaufwendungen die Zunahme der Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe um TEUR 225 und des Wirtschaftsbedarfs um TEUR 225 bei. Der Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen des medizinischen Bedarfs um TEUR 555 gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf gestiegene Aufwendungen für Honorare der nicht im Krankenhaus angestellten Ärzte zurückzuführen. Grund hierfür ist die schwierige Personalsituation im ärztlichen Dienst, welche dazu führt, dass Vertretungen durch externe Honorarärzte übernommen werden.
- Ein weiterer Kostenanstieg im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.266 ist bei den um neutrale Aufwendungen und das Investitionsergebnis bereinigten sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu verzeichnen. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Forderungsverluste bzw. der Aufwendungen zur Bildung von Wertberichtigungen auf Forderungen (+ TEUR 417) sowie höherer Aufwendungen aus Ausgleichen für frühere Wirtschaftsjahre (+ TEUR 381) und gesteigener periodenfremder Aufwendungen (+ TEUR 263).
- Das neutrale Ergebnis beinhaltet ausschließlich außerordentliche Erträge (TEUR 409) und Aufwendungen (TEUR 146) aus der Umstellung der Bilanzierung auf BilMoG zum 1. Januar 2010 infolge der geänderten Bewertung von Rückstellungen.
- Aufgrund der Verringerung des durchschnittlichen Bestands der Bankguthaben in Verbindung mit verschlechterten Zinskonditionen im Berichtsjahr sind die erwirtschafteten Zinserträge gesunken. Zudem sind Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der Anwendung des BilMoG zu verzeichnen. Das Finanzergebnis ist aus diesen Gründen um TEUR 260 rückläufig.
- Infolge des höheren Kostenanstiegs im Wirtschaftsjahr 2010 im Verhältnis zum Anstieg der Betriebsleistung hat der Eigenbetrieb eine Verminderung des Jahresüberschusses von TEUR 2.035 im Vorjahr auf TEUR 28 im Wirtschaftsjahr 2010 zu verzeichnen.
- Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage stellt die Betriebsleitung die gesunden Finanzierungsstrukturen und die Sicherstellung der Kapitalbedarfsdeckung und Liquidität im gesamten Berichtsjahr hervor. Durch den erwirtschafteten operativen Cashflow, den Zufluss von Fördermitteln und die Verwendung des Bestands liquider Mittel konnten die Investitionen des Wirtschaftsjahres (TEUR 5.983) finanziert werden.

- Wesentliche Investitionen des Berichtsjahres betreffen den begonnenen 5. Bauabschnitt des Ersatzneubaus (TEUR 2.236) sowie Investitionen in Einrichtungen und Ausstattungen (TEUR 2.778).
- Infolge der Eigenmittelfinanzierung des 5. Bauabschnittes hat sich der Finanzmittelbestand gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.810 auf TEUR 12.283 verringert. Weitere Mittelabflüsse werden bis zur Fertigstellung der Investitionen erforderlich, damit wird sich der Finanzmittelbestand weiter reduzieren.

### **Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken**

- Die Gesamtrisikolage hat sich nach Einschätzung der Betriebsleitung gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert. Derzeit wird mit Strukturveränderungen, Leistungsanpassungen und Soft Skills auf den Fachkräftemangel im ärztlichen Dienst, im Pflegedienst und Funktionsdienst reagiert. Chancen ergeben sich aus Sicht der Betriebsleitung in erzielbaren Leistungssteigerungen im stationären Bereich, insbesondere auch durch die Kapazitätserweiterung und Inbetriebnahme der Investitionen (5. Bauabschnitt) Mitte des Jahres 2011.
- Trotz Veränderungen in den gesetzlichen Rahmenbedingungen im Gesundheitsbereich sieht der Eigenbetrieb Chancen insbesondere durch die steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen infolge der demografischen Entwicklung, der Leistungssteigerungen infolge der künftigen Kapazitätserweiterung und der zunehmenden sektorenübergreifenden Behandlung von Patienten.
- Risiken ergeben sich aus Sicht der Betriebsleitung hinsichtlich der ambulanten Leistungserbringung durch die zusätzliche Konkurrenz niedergelassener Ärzte und anderer Krankenhäuser im Rahmen der Integrierten Versorgung. Um diesen entgegenzuwirken, plant der Eigenbetrieb die Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten und anderen Leistungserbringern zu verstärken, um so im Rahmen der neuen Behandlungsformen tätig werden zu können.
- Der stetige Ersatz der vorhandenen Medizintechnik im Zusammenhang mit dem medizinischen Fortschritt und der damit verbundenen neuen Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten wurde insbesondere unter Beachtung der Konkurrenzsituation zu anderen Krankenhäusern in der Umgebung als besondere Herausforderung von der Betriebsleitung identifiziert.
- Die für die Wirtschaftsjahre 2011 und 2012 erwarteten Tarifsteigerungen, welche durch die Krankenkassen nicht ausgeglichen werden, werden als weiteres Risiko gesehen. Daneben wird generell mit weiter ansteigenden Honoraren für nicht im Krankenhaus angestellte Ärzte gerechnet.
- Die Betriebsleitung schätzt ein, dass die Finanzierung des Eigenbetriebs sichergestellt ist, auch wenn die Fördermittelzuweisungen in den vergangenen Jahren stark reduziert wurden. Dies soll auch durch weitere Kosteneinsparungen realisiert werden.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Chancen und Risiken und der Planungen des Eigenbetriebs ist zum derzeitigen Kenntnisstand künftig keine signifikante Verschlechterung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs absehbar. Die Betriebsleitung geht davon aus, dass auch in den beiden folgenden Wirtschaftsjahren ein positives Jahresergebnis, orientiert am Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres 2010, erwirtschaftet wird.

### **Zusammenfassende Beurteilung**

Wir als Abschlussprüfer des Eigenbetriebs halten die Darstellung und Beurteilung der Lage sowie der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebs mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken im Jahresabschluss und im Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter für zutreffend.

Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebs wird auch weiterhin von der demografischen Entwicklung der Bevölkerung beeinflusst werden. Daher ist auch mittelfristig nicht von einer weiteren Reduzierung in der Leistungserbringung auszugehen. Dennoch sind Verschiebungen zwischen stationären und ambulanten Leistungen möglich.

Für die Wirtschaftsjahre 2011 und 2012 ergeben sich infolge der Kapazitätserweiterung u. a. durch die Inbetriebnahme des 5. Bauabschnittes einschließlich der Schaffung einer Station für Privatpatienten für den Eigenbetrieb Ertragssteigerungspotenziale.

Unabhängig davon können sich auch gesetzgeberische Maßnahmen auf die Finanzierung des Gesundheitswesens auswirken.

Unter Berücksichtigung der zuvor genannten Punkte sowie der guten Eigenkapitalsituation sind die Prognosen der Betriebsleitung als realistisch einzuschätzen.

### III. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

---

#### 1. Gegenstand der Prüfung

Gegenstand unserer Abschlussprüfung waren die Buchführung und der nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung aufgestellte Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – und Lagebericht des Eigenbetriebs. Ergänzend wurden wir beauftragt, die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs nach § 53 Abs. 1 und 2 HGrG darzustellen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht des Eigenbetriebs wurden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung aufgestellt. Die Gliederungsvorschriften der KHBV wurden für die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und den Anlagennachweis angewendet.

Die Verantwortung für die Rechnungslegung und die uns gemachten Angaben tragen die gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebs. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

#### 2. Art und Umfang der Prüfung

Die Prüfung erfolgte nach den Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und § 131 GO LSA unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW), Düsseldorf, festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung und der Empfehlungen des Krankenhausfachausschusses des IDW. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Anforderungen, die sich aus der Erweiterung des Prüfungsgegenstandes nach § 4 Abs. 10 KHEntgG (Nachweis des Pflegemehrpersonals) und nach § 17a Abs. 7 Satz 2 KHG (Aufstellung zum Ausgleichsfonds Ausbildung) ergeben, erfüllt wurden.

Grundlage unseres risikoorientierten Prüfungsvorgehens, das auch internationalen Prüfungsstandards entspricht, ist die Erarbeitung einer Prüfungsstrategie. Die hierzu notwendige Risikoanalyse basiert auf der Einschätzung der Lage, der Geschäftsrisiken und des Umfeldes sowie des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Eigenbetriebs.

Bei unserer Beurteilung des Risikos wesentlicher falscher Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht haben wir sowohl Risiken auf Abschlussebene als auch Risiken auf Aussageebene eingeschätzt und ein Risikoprofil ermittelt. Dies diente gleichzeitig der Einschätzung bedeutsamer Risiken, die einer besonderen Berücksichtigung bei der Prüfung bedürfen, sowie der Risiken, bei denen aussagebezogene Prüfungshandlungen allein zur Gewinnung hinreichender Sicherheit nicht ausreichen.

Auf der Grundlage unserer Risikobeurteilung haben wir die relevanten Prüffelder und Kriterien (Prüfungsziele) sowie Prüfungsschwerpunkte festgelegt und Prüfprogramme entwickelt. In den Prüfprogrammen wurden Art und Umfang der jeweiligen Prüfungshandlungen festgelegt.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten Kontrolltests, substantielle analytische Prüfungshandlungen und sonstige substantielle Prüfungshandlungen.

Als Schwerpunkte unserer Prüfung haben wir festgelegt:

- Prüfung des Prozesses der Jahresabschlusserstellung unter Berücksichtigung der Anwendung des HGB i. d. F. des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG)
- Aufbau, Einrichtung und Wirksamkeit der internen Kontrollen im Transaktionsstrom Umsatzprozess
- Prüfung des Anlagevermögens und dessen Finanzierung
- Prüfung des Umsatzprozesses (Erlöse aus Krankenhausleistungen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und hierauf entfallende Wertberichtigungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten nach der BPfIV und dem KHEntgG)
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen
- Vollständigkeit und Periodenabgrenzung der Personal- und Materialaufwendungen
- Plausibilität der prognostischen Angaben im Lagebericht

Bei der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir zunächst im Rahmen der Aufbauprüfung die angemessene Ausgestaltung und die Implementierung der rechnungslegungsbezogenen Kontrollen beurteilt. Entsprechend der im Rahmen der Prüfungsplanung vorgenommenen Schwerpunktsetzung haben wir in einem zweiten Schritt Kontrolltests ausgewählter interner Kontrollen durchgeführt.

Die Erkenntnisse aus der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden für die Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben im Jahresabschluss sowie für die Auswahl von Art, Umfang und zeitlicher Einteilung der für die einzelnen Prüfungsziele durchzuführenden analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen herangezogen.

Sowohl die Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems durch Kontrolltests als auch die Durchführung sonstiger substantieller Prüfungshandlungen erfolgte in Stichproben. Die Bestimmung der Stichproben erfolgte in Abhängigkeit unserer Erkenntnisse über das rech-

nungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sowie Art und Umfang der jeweils zu beurteilenden Transaktionen.

Aufgrund der nicht wesentlichen Bedeutung der Vorräte für den Jahresabschluss des Eigenbetriebs haben wir keine Beobachtung der körperlichen Inventur durchgeführt.

Im Rahmen der sonstigen substanziellen Prüfungshandlungen haben wir Saldenbestätigungen bzw. -mitteilungen und Auskünfte Dritter in Stichproben von Lieferanten sowie von den für den Eigenbetrieb tätigen Rechtsanwälten, Steuerberatern und Kreditinstituten eingeholt.

Im Rahmen unserer Prüfung des Lageberichts haben wir geprüft, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt. Weiterhin haben wir geprüft, ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung des Eigenbetriebs zutreffend dargestellt sind.

Der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse liegt der Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG des IDW (PS 720) zugrunde.

Wir haben die Prüfung im Februar 2011 (Zwischenprüfung) und in den Monaten Juni und Juli 2011 bis zum 7. Juli 2011 durchgeführt.

Die gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebs erteilten alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise und bestätigten uns am 7. Juli 2011 deren Vollständigkeit sowie die Vollständigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht in einer schriftlichen Erklärung.

## IV. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

---

### 1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

#### a) Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebsatzung. Die den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen sind in der Buchführung, im Jahresabschluss und im Lagebericht ordnungsgemäß abgebildet.

#### b) Jahresabschluss

Der von uns geprüfte Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 ist diesem Bericht als Anlage I beigelegt. Er entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebsatzung.

Gemäß § 19 Abs. 1 EigBG LSA finden die allgemeinen Bestimmungen, die Bestimmungen über den Ansatz, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertung und über den Anhang, die nach dem Dritten Buch des Handelsgesetzbuches für den Jahresabschluss der großen Kapitalgesellschaften gelten, sinngemäß Anwendung.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die für Kapitalgesellschaften geltenden Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sind beachtet worden. Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Angaben zu den einzelnen Posten von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung und gibt die sonstigen Pflichtangaben richtig und vollständig wieder.

### c) Lagebericht

Der von uns geprüfte Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2010 ist diesem Bericht als Anlage II beigelegt. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. Die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt und die nach § 289 Abs. 2 HGB gemachten Angaben sind vollständig und zutreffend.

## 2. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfordert im Rahmen der gesetzlichen Wahlrechte eine Vielzahl von Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen seitens der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebs. Im Folgenden gehen wir gemäß § 321 Abs. 2 Satz 4 HGB auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen ein.

### a) Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, einschließlich im Berichtsjahr vorgenommener Änderungen, sind im Anhang (Anlage I) gemäß § 284 HGB beschrieben.

Im Einzelnen heben wir nachfolgend die unseres Erachtens wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden hervor:

- Die Bewertung der Überliegerpatienten (TEUR 1.247) erfolgte anhand der anteilig bis zum Bilanzstichtag erzielbaren Erlöse. Die Wertansätze wurden retrograd aus den DRG-Entgelten ermittelt.
- Bei der Bewertung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden pauschalierte Einzelwertberichtigungen für zweifelhafte Forderungen vorgenommen. Die Wertberichtigung beträgt 100 % für Forderungen, welche vor dem 1. Januar 2010 entstanden sind (TEUR 1.288). Zweifelhafte Forderungen, welche nach dem 1. Januar entstanden sind, werden zu 50 % einzelwertberichtigt (TEUR 881). Um das allgemeine Kreditrisiko, Zinsrisiken, Abrechnungsrisiken etc. zu erfassen, wird eine 2%ige Pauschalwertberichtigung vorgenommen (TEUR 242).
- Der Eigenbetrieb weist in Ausübung des Ansatzwahlrechts gemäß Art. 28 Abs. 1 EGHGB Rückstellungen für mittelbare Pensionsverpflichtungen in Höhe von TEUR 6.383 aus.

Grundsätzlich ermittelt sich der nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB passivierbare Betrag der Unterdeckung aus der Differenz des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen

ermittelten Erfüllungsbetrags der Versorgungsverpflichtungen und dem beizulegenden Zeitwert des Vermögens der Versorgungseinrichtung. Diese Form der Wertermittlung kam wie im Vorjahr nicht zur Anwendung, da durch den kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt, Zusatzversorgungskasse (im Folgenden auch „ZVK“ genannt), die Betragsangaben nicht zur Verfügung gestellt wurden.

Alternativ bilden die Basis der Bewertung des Eigenbetriebs die seit dem Wirtschaftsjahr 2003 durch die ZVK erhobenen Umlagen in Höhe von 1,5 %. Entsprechend dem Schriftverkehr mit der ZVK wurde der jährliche Umlagebetrag (zurzeit TEUR 917) auf einen voraussichtlichen Zahlungszeitraum (acht Jahre) bis zur Beseitigung der Unterdeckung hochgerechnet. Hierbei wurde auch berücksichtigt, dass durch die Kapitalmarktentwicklung eine prozentuale Erhöhung der Unterdeckung erfolgt. Eine Abzinsung der gebildeten Rückstellungen wurde mit einem Zinssatz gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB in Höhe von 4,22 % vorgenommen.

Rückstellungen für Altersteilzeit (TEUR 3.855) wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB in Höhe von 4,07 % abgezinst.

Weitere langfristige Rückstellungen wurden pauschal mit dem Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB ergibt. Dies betrifft die Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen (TEUR 164) und Archivierungskosten (TEUR 345) mit 5,15 %.

Die Bewertung sämtlicher langfristigen Rückstellungen erfolgte nach eigenen Berechnungen des Eigenbetriebs unter Berücksichtigung von Einkommens- bzw. Kostensteigerungen (Ø 2 % p. a.)

- Die Bildung der Rückstellungen für Abrechnungsrisiken betreffen in Höhe von insgesamt TEUR 285 mögliche Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber den Kostenträgern aufgrund von Prüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherungen.
- Die aus der Umsetzung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) zum 1. Januar 2010 resultierenden Änderungen und Anpassungen betreffen die Bewertungsänderungen der Rückstellungen für mittelbare Pensionsverpflichtungen (TEUR 405) und Jubiläumsverpflichtungen (TEUR 4), die als außerordentliche Erträge im Jahresabschluss ausgewiesen werden. Desweiteren resultieren außerordentliche Aufwendungen aus der Bewertungsänderung der Rückstellungen für Altersteilzeit (TEUR 75) und für Archivierungskosten (TEUR 71).
- Hinsichtlich der vom Gesetzgeber eingeräumten Wahlrechte hat der Eigenbetrieb das Beibehaltungswahlrecht nach Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB in Verbindung mit § 249 Abs. 1 Satz 3 HGB a. F. für Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von TEUR 653 ausgeübt. Für einen Teilbetrag der Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von TEUR 5 wurde das Beibehaltungswahlrecht nicht ausgeübt und dieser Betrag gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 2 EGHGB in die Gewinnrücklagen eingestellt.

**b) Feststellungen zur Gesamtaussage im Jahresabschluss**

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.

Im Übrigen verweisen wir auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Anlage IV.

**3. Wirtschaftspläne für das Wirtschaftsjahr 2010 und das Folgejahr**

Für das Wirtschaftsjahr 2010 wurde von der Betriebsleitung der vom Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau in der Sitzung am 16. Dezember 2009 genehmigte Wirtschaftsplan, der den Erfolgs- und Vermögensplan sowie den Stellen- und Finanzplan umfasst, erstellt.

Im Unterschied zum Erfolgsplan für das Berichtsjahr, in dem ein Jahresüberschuss von TEUR 0 ausgewiesen wird, ergibt sich für das Berichtsjahr ein Jahresüberschuss von TEUR 28. Die Abweichungen des geplanten Jahresüberschusses gemäß dem Erfolgsplan zu den Ist-Zahlen zeigt in zusammengefassten Zahlen die folgende Gegenüberstellung:

	Erfolgsplan 2010 TEUR	Ist 2010 TEUR	Veränderung TEUR
Summe Erträge	116.445	118.052	1.607
Summe Aufwendungen	116.445	118.024	1.579
Jahresüberschuss	0	28	28
Kostendeckungsgrad	100 %	100 %	

Der Eigenbetrieb nahm im Berichtsjahr Investitionen von TEUR 5.983 bei geplanten Zugängen zum Anlagevermögen von TEUR 10.177 vor.

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen wurde mit TEUR 0 festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde mit TEUR 3.000 festgesetzt. Die Inanspruchnahme beträgt TEUR 0.

Gegenüber dem Finanzplan (Vermögensplan) für das Wirtschaftsjahr 2010 stellen sich die Ist-Zahlen wie folgt dar:

	Finanzplan 2010 TEUR	Ist 2010 TEUR	Veränderung TEUR
<b>Finanzierungsmittel (Einnahmen)</b>			
Zuweisungen des Krankenhausträgers und Zuschüsse Dritter	0	255	255
Zuweisungen aufgrund einer Förderung von Investitionskosten			
Einzelförderung (§ 5 KHG LSA)	968	0	-968
Pauschalförderung (§ 6 KHG LSA) mit Geldmittelzufluss	1.280	1.289	9
Zuführung pauschaler Fördermittel aus ambulanter Nutzung gefördertes Anlagevermögen (§ 6 i. V. m. § 13 Abs. 3 KHG LSA)	0	203	203
Förderung von Lasten aus Investitionsdarlehen (§ 5 KHG LSA)	0	0	0
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	0	0	0
Erwirtschaftete Abschreibungen	3.210	2.341	-869
Einnahmen aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	4	4
Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	11	11
Kredite	0	0	0
Herabsetzung des Umlaufvermögens	0	0	0
Entnahme aus der Rücklage für nicht geförderte Investitionen	4.719	0	-4.719
	<b>10.177</b>	<b>4.103</b>	<b>-6.074</b>
<b>Finanzierungsbedarf (Ausgaben)</b>			
Sachinvestitionen			
aus Einzelfördermitteln Art. 14 GSG	844	0	-844
aus Pauschalförderung (§ 6 KHG LSA)	1.289	1.289	0
Zuführung pauschaler Fördermittel aus ambulanter Nutzung gefördertes Anlagevermögen (§ 6 i. V. m. § 13 Abs. 3 KHG LSA)	611	0	-611
aus Eigenmitteln	7.433	4.695	-2.738
Finanzinvestitionen	0	0	0
Kredittilgung	0	0	0
	<b>10.177</b>	<b>5.984</b>	<b>-4.193</b>

Die Abweichungen zwischen den Planwerten 2010 und den Ist-Zahlen liegen im erwarteten Bereich.

Die geringeren Ausgaben sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass geplante Investitionen zum Teil nicht umgesetzt wurden und im Wirtschaftsplan für 2011 enthalten sind.

Der Wirtschaftsplan für das Folgejahr wurde vom Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau in der Sitzung am 20. Januar 2011 genehmigt und berücksichtigt folgende Werte hinsichtlich des Erfolgsplans:

	Erfolgsplan 2011 TEUR	Ist 2010 TEUR	Veränderung TEUR
Summe Erträge	117.886	118.052	166
Summe Aufwendungen	117.886	118.024	138
Jahresüberschuss	0	28	28
Kostendeckungsgrad	100 %	100 %	

Der Vermögensplan 2011 weist folgende Planwerte auf:

	Finanzplan 2011 TEUR	Ist 2010 TEUR	Veränderung TEUR
<b>Finanzierungsmittel (Einnahmen)</b>			
Zuweisungen des Krankenhasträgers und Zuschüsse Dritter	0	255	255
Zuweisungen aufgrund einer Förderung von Investitionskosten			
Einzelförderung (§ 5 KHG LSA)	124	0	-124
Pauschalförderung (§ 6 KHG LSA) mit Geldmittelzufluss	1.280	1.289	9
Zuführung pauschaler Fördermittel aus ambulanter Nutzung gefördertes Anlagevermögen (§ 6 i. V. m. § 13 Abs. 3 KHG LSA)	0	203	203
Förderung von Lasten aus Investitionsdarlehen (§ 5 KHG LSA)	0	0	0
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	0	0	0
Erwirtschaftete Abschreibungen	2.200	2.341	141
Einnahmen aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	4	4
Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	11	11
Kredite	0	0	0
Herabsetzung des Umlaufvermögens	0	0	0
Entnahme aus der Rücklage für nicht geförderte Investitionen	7.813	0	-7.813
	<b>11.417</b>	<b>4.103</b>	<b>-7.314</b>
<b>Finanzierungsbedarf (Ausgaben)</b>			
Sachinvestitionen			
aus Einzelfördermitteln Art. 14 GSG (Zytoumsatzung in 2010 noch Anlage in Bau)	0	0	0
aus Pauschalförderung (§ 6 KHG LSA)	1.280	1.289	9
Zuführung pauschaler Fördermittel aus ambulanter Nutzung aus Einzelfördermitteln (Brandschutzmaßnahmen)	0	0	0
aus Einzelfördermitteln	124	0	-124
aus Eigenmitteln	10.013	4.695	-5.318
Finanzinvestitionen	0	0	0
Kredittilgung	0	0	0
	<b>11.417</b>	<b>5.984</b>	<b>-5.433</b>

## V. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS NACH § 53 HGRG

---

Die Feststellungen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung (§ 53 Abs. 1 Nr. 1 HGrG) und zu den weiteren Kriterien gemäß § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG ergeben sich aus der Beantwortung des Fragenkatalogs zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG, die in einem gesonderten Teilbericht für den Eigenbetrieb dargestellt sind.

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Satzungsbestimmungen und der Geschäftsordnung für die Betriebsleitung geführt worden sind. Über die in diesem Bericht dargestellten Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen ergeben.

## VI. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

---

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht des Städtisches Klinikum Dessau – Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 in den diesem Bericht als Anlagen I (Jahresabschluss) und II (Lagebericht) beigefügten Fassungen den am 7. Juli 2011 in Leipzig unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Städtisches Klinikum Dessau – Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Vorschriften der Betriebsatzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebs. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 131 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebs sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebs sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Vorschriften der Betriebsatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 des Städtisches Klinikum Dessau – Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau, haben wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen erstattet.

Leipzig, 7. Juli 2011

BDO AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Hammer  
Wirtschaftsprüferin

ppa. Funk  
Wirtschaftsprüfer



# ANLAGEN

---



Städtisches Klinikum Dessau, Dessau-Roßlau  
Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010

Bilanz

Aktiva

Passiva

	31.12.2010			31.12.2009		31.12.2010			31.12.2009
	EUR	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	
<b>A. Anlagevermögen</b>					<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		399.102,02		276.998,02	1. Gezeichnetes Kapital	3.078.000,00		3.078.000,00	
II. Sachanlagen					2. Kapitalrücklagen	13.363.614,98		14.641.844,68	
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	76.490.845,32			80.410.809,34	3. Gewinnrücklagen	10.158.076,95		8.118.215,21	
2. Technische Anlagen	4.592.405,00			5.654.651,00	4. Jahresüberschuss	27.937,45	26.627.629,38	2.035.361,74	
3. Einrichtungen und Ausstattungen	11.542.479,90			11.852.241,47	<b>B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens</b>				
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.091.346,21	95.717.076,43		855.762,31	1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	71.340.416,73		76.390.027,95	
III. Finanzanlagen					2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	3.922.954,73		4.089.283,73	
1. Beteiligungen	25.000,00			25.000,00	3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	548,63	75.263.920,09	909,63	
2. Sonstige Finanzanlagen	30.000,00			30.000,00	<b>C. Rückstellungen</b>				
		55.000,00	96.171.178,45		1. Steuerrückstellungen	130.000,00		130.000,00	
<b>B. Umlaufvermögen</b>					2. Sonstige Rückstellungen	14.459.008,97	14.589.008,97	15.317.851,62	
I. Vorräte					<b>D. Verbindlichkeiten</b>				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.070.190,17			1.062.570,79	1. Erhaltene Anzahlungen	0,00		17.372,00	
2. Unfertige Leistungen	1.247.164,44			1.424.386,95	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 0,00 (31.12.2009: EUR 17.372,00)				
3. Waren	1.353,95	2.318.708,56		0,00	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.423.473,16		2.222.969,87	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 2.423.473,16 (31.12.2009: EUR 2.222.969,87)				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.267.458,75			12.234.494,78	3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger	1.572.348,63		11.241,46	
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (31.12.2009: EUR 0,00) -					- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.572.348,63 (31.12.2009: EUR 11.241,46)				
2. Forderungen an den Krankenhausträger	571.051,29			780.671,35	4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	4.614.081,75		4.190.469,64	
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (31.12.2009: EUR 0,00) -					- davon nach der BpflV/dem KHEntgG EUR 548.834,00 (31.12.2009: EUR 1.102.091,00)				
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	1.458.381,00			723.505,00	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 4.614.081,75 (31.12.2009: EUR 4.190.469,64)				
- davon nach dem KHEntgG: EUR 614.381,00 (31.12.2009: EUR 723.505,00) - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (31.12.2009: EUR 0,00) -					5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	265.041,26		301.630,65	
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	507.970,90			493.167,41	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 265.041,26 (31.12.2009: EUR 301.630,65)				
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (31.12.2009: EUR 0,00) -					6. Sonstige Verbindlichkeiten	2.451.662,50		2.213.185,96	
5. Sonstige Vermögensgegenstände	1.398.385,00			1.027.703,88	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 2.451.662,50 (31.12.2009: EUR 2.213.185,96) - davon aus Steuern EUR 1.151.145,29 (31.12.2009: EUR 967.012,31) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 50,00 (31.12.2009: EUR 166,03)				
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (31.12.2009: EUR 0,00) -		16.203.246,94			<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		12.283.362,25	30.805.317,75	15.093.156,04			11.326.607,30	700,00	
<b>C. Ausgleichsposten nach dem KHG</b>							2.949,30		
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung			751.413,03	751.413,03					
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>									
Andere Abgrenzungsposten			82.205,81	62.532,77					
			127.810.115,04	132.759.064,14			127.810.115,04	132.759.064,14	



Städtisches Klinikum Dessau, Dessau-Roßlau  
Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010  
Gewinn- und Verlustrechnung

	2010		2009
	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	89.318.242,69		88.955.174,62
2. Erlöse aus Pflegeleistungen	2.269.417,51		2.231.492,94
3. Erlöse aus Wahlleistungen	65.065,35		55.294,65
4. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	8.723.673,19		8.765.310,59
5. Nutzungsentgelte der Ärzte	3.890.670,49		3.617.262,25
6. Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	-177.222,51		245.964,76
7. Andere aktivierte Eigenleistungen	109.341,35		64.714,70
8. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 11	233.104,16		211.783,36
9. Sonstige betriebliche Erträge	4.393.717,11		5.265.804,31
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Wirtschaftsjahre EUR 256.207,00 (2009: EUR 370.986,78)			
10. Personalaufwand		108.826.009,34	
a) Löhne und Gehälter	58.279.837,23		57.930.444,96
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11.318.252,48		11.262.662,99
- davon für Altersversorgung EUR 1.869.482,41 (2009: EUR 1.850.346,78)			
11. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	22.627.537,71		22.018.013,10
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.017.476,80		4.299.659,57
		97.243.104,22	
<u>Zwischenergebnis</u>		11.582.905,12	13.902.021,56
12. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	2.132.520,00		1.296.150,00
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Fördermitteln	6.572.465,57		6.852.671,35
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Fördermitteln	2.335.196,35		1.756.441,00
		6.369.789,22	
15. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	8.913.351,00		8.945.718,74
16. Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.953.569,74		9.407.075,64
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Wirtschaftsjahre EUR 381.126,00 (2009: EUR 0,00)			
		17.866.920,74	
<u>Zwischenergebnis</u>		85.773,60	1.941.607,53
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		111.486,59	232.277,51
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		139.443,22	0,00
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen EUR 139.443,22 (2009: EUR 0,00)			
19. <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>		57.816,97	2.173.885,04
20. Außerordentliche Erträge	409.187,49		0,00
21. Außerordentliche Aufwendungen	145.512,35		0,00
22. Außerordentliches Ergebnis		263.675,14	0,00
23. Steuern		293.554,66	138.523,30
- davon vom Einkommen und vom Ertrag EUR 283.055,02 (2009: EUR 0,00)			
<b>24. Jahresüberschuss</b>		<b>27.937,45</b>	<b>2.035.361,74</b>



## Anhang für das Geschäftsjahr 2010

### I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 wurde gemäß den Regelungen des § 19 des Eigenbetriebsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (EigBG LSA) nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches, der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) sowie in Übereinstimmung mit den ergänzenden Vorschriften der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt aufgestellt. Mit Wirkung zum 1. Januar 2010 war das Handelsgesetzbuch in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) vom 25. Mai 2009 vollumfänglich verpflichtend anzuwenden.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen denen der Bilanz zum 31. Dezember 2009 unter Berücksichtigung des BilMoG.

### II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

#### Anlagevermögen

Die Gegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, gemindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt worden. Zinsen sind nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden planmäßig nach der linearen Methode abgeschrieben.

#### Umlaufvermögen

Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen werden mit ihren Anschaffungskosten incl. Umsatzsteuer angesetzt.

Die unfertigen Leistungen betreffen Patienten, deren stationäre Krankenhausbehandlungen sich über den Jahreswechsel erstrecken und mit Fallpauschalen abgerechnet werden. Die Bewertung erfolgte durch Erlösaufteilung, erstmalig auf elektronischem Wege mit dem ORBIS-Modul EAGR – Erlösabgrenzung und Erlösverbuchung. Das Modul wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CONSENTA TREUHAND-AG Berlin nach dem IDW Prüfungsstandard zur Erteilung und Verwendung von Software-

bescheinigungen (IDW PS 880) sowie den Grundsätzen ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme geprüft und für ordnungsmäßig befunden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert angesetzt, erforderliche Wertberichtigungen sind berücksichtigt worden.

#### Ausgleichsposten nach dem KHG

Der Ausgleichsposten nach dem KHG stellt eine Bilanzierungshilfe dar, die beim Ausscheiden des Krankenhauses aus dem Krankenhausplan unter bestimmten Umständen in eine Forderung umgewandelt werden kann. Der Bilanzposten dient der Neutralisierung von Aufwendungen für Anlagevermögen, welches vor Beginn der Förderung nach KHG vom Krankenhaus angeschafft wurde.

#### Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital umfasst das Stammkapital von EUR 3.078.000,00 gemäß § 1 der Betriebssatzung. Die Kapitalrücklage von EUR 13.363.614,98 resultiert aus der DM-Eröffnungsbilanz, Zuzahlungen der Stadt Dessau aus 1991 und späteren Änderungen im Grundstücksbestand. Die Reduzierung um EUR 1.278.229,70 erfolgte im Rahmen einer Rückzahlung an die Stadt Dessau-Roßlau gemäß Stadtratsbeschluss (DR/BV/452/2010/II-20) vom 15. Dezember 2010.

#### Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Der Eigenbetrieb hatte in den Vorjahren Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen i. S. d. § 249 Abs. 1 Satz 3 HGB a. F. in Höhe von TEUR 660 gebildet. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des BilMoG wurde das Wahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 3 EGHGB teilweise in Anspruch genommen und die Rückstellung in Höhe von TEUR 653 beibehalten. Für eine Aufwandsrückstellung, auf die ein Rückstellungsbetrag von insgesamt TEUR 5 entfällt und für die dieses Beibehaltungswahlrecht nicht in Anspruch genommen wurde, erfolgte eine unmittelbare Einstellung des Betrages in die Gewinnrücklagen.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre gemäß § 253 Abs. 2 S. 1 HGB abgezinst. Dies betrifft die Rückstellungen für mittelbare Pensionsverpflichtungen (4,22 %) und Altersteilzeit (4,07 %).

Weitere langfristige Rückstellungen wurden pauschal mit dem Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren nach § 253 Abs. 2 S. 2 HGB ergibt. Dies betrifft die Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen und Archivierungskosten mit 5,15 %.

Die Bewertung der langfristigen Rückstellungen erfolgte nach eigenen Berechnungen des Eigenbetriebes unter Berücksichtigung von Einkommens- bzw. Kostensteigerungen (Ø 2 % p.a.).

#### Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt worden.

### **III. Erläuterungen zur Bilanz**

#### Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in den beigefügten Anlagennachweisen, welche nach Anlage 3 KHBV und Anlage 3a PBV ergänzt um Angaben gemäß Anlage 5 zu § 15 Abs. 1 EigBG LSA in Verbindung mit § 268 Abs. 2 HGB gegliedert wurden, dargestellt. Zusätzlich wurde der Fördernachweis nach Anlage 3b PBV für das Altenpflegeheim „Am Georgengarten“ in diesen Anhang aufgenommen.

#### Forderungen

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 bestehen Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 508 (Vorjahr: TEUR 493). Diese betreffen ausschließlich Forderungen aus der Geschäftsverbindung mit der Medizinischen Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau gGmbH, Dessau-Roßlau. Forderungen an den Krankenhausträger – die Stadt Dessau-Roßlau – bestehen in Höhe von TEUR 571 (Vorjahr: TEUR 781) und betreffen Vorsteuererstattungsansprüche. Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

### Sonderposten

Die Sonderposten reduzierten sich insgesamt in Höhe der geförderten Abschreibungen um TEUR 5.216 auf TEUR 75.264 und korrespondieren mit den geförderten Restbuchwerten gemäß Anlagenbuchhaltung.

### Sonstige Rückstellungen

Personalarückstellungen in Höhe von TEUR 12.547 bestehen am 31. Dezember 2010 insbesondere für mittelbare Pensionsverpflichtungen (TEUR 6.383), Altersteilzeit (TEUR 3.855), Überstunden, Zeitguthaben, Resturlaubsansprüche, Leistungsentgelte gemäß § 18 TVöD und Sondervergütungen für leitende Angestellte. Im Übrigen werden Rückstellungen in Höhe von TEUR 1.912 für unterlassene Instandhaltung, Verzinsung von Fördermitteln, Archivierungskosten, Abrechnungs- und Prozessrisiken sowie für sonstige Risiken dokumentiert.

### Verbindlichkeiten

Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und sind nicht durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert. Ein Verbindlichkeitspiegel wird daher nicht erstellt.

In den sonstigen Verbindlichkeiten enthalten sind solche aus Lohn- und Kirchensteuer mit TEUR 969 (Vorjahr: TEUR 967) sowie Körperschaftsteuer in Höhe von TEUR 183 (Vorauszahlung 2010 TEUR 130, Nachzahlung 2009 TEUR 53).

### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Investitionsfinanzierungen über Leistungspauschalen und sonstige Verpflichtungen aus Miet- und Wartungsverträgen betragen nur noch TEUR 148 (Vorjahr: TEUR 707), da die Verträge hierzu unterjährig ausgelaufen sind.

Investitionsverpflichtungen sind in Höhe von TEUR 4.809 (Vorjahr: TEUR 7.813) zu verzeichnen.

## **IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt und gegliedert.

### Erlöse aus Krankenhausleistungen

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen in Höhe von TEUR 91.588 (Vorjahr: TEUR 91.187) beinhalten in Höhe von TEUR 2.269 (Vorjahr: TEUR 2.231) Erlöse des Altenpflegeheims „Am Georgengarten“ aus Pflegeleistungen.

### Steuern

Im Jahresabschluss sind Steuern vom Einkommen und Ertrag i. H. v. TEUR 283 enthalten.

### Periodenfremde Aufwendungen

Die periodenfremden Aufwendungen betragen TEUR 441 (Vorjahr: TEUR 2.290) und beinhalten insbesondere die Leistungsvergütung für die EKK 2009, KV-Auszahlungen 3. Quartal 2009 an Chefärzte, die Erhöhungen von gewinnabhängigen Vergütungen für 2009, ein Honorar für den Wirtschaftsberater und eine Korrekturbuchung, welche sich über die periodenfremden Erträge in gleicher Höhe neutralisiert. Im Vorjahr waren TEUR 2.112 Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen für mittelbare Pensionsverpflichtungen enthalten.

### Periodenfremde Erträge

Die periodenfremden Erträge in Höhe von TEUR 339 (Vorjahr: TEUR 141) beinhalten im Wesentlichen Bonuszahlungen und Rückvergütung der Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser e.G. im Deutschen Städtetag (EKK e.G.) für das Wirtschaftsjahr 2009 in Höhe von TEUR 130 (Vorjahr: TEUR 131). Aus dem Ergebnis der Betriebsprüfung durch das Finanzamt Dessau-Roßlau resultierten für die Wirtschaftsjahre 2003 bis 2006 Zinserträge in Höhe von TEUR 30.

### Außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Das außerordentliche Ergebnis enthält Erträge und Aufwendungen aus der geänderten Bewertung der sonstigen Rückstellungen zum 1. Januar 2010 im Zusammenhang mit der verpflichtenden Anwendung des BilMoG.

## **V. Sonstige Angaben**

### Arbeitnehmerzahl

Im Durchschnitt waren während des Wirtschaftsjahres 1.459 (Vorjahr: 1.372) Arbeitnehmer im Krankenhaus beschäftigt (§ 267 Abs. 5 HGB). Die Zahl der Vollkräfte inkludiert

sive der zur Ausbildung Beschäftigten und unter Umrechnung der Teilzeitbeschäftigten auf die 40-Std./Woche betrug 1.240,09 (Vorjahr: 1.233,3).

Im Altenpflegeheim waren durchschnittlich 54 (Vorjahr 53) Arbeitnehmer beschäftigt. Die Zahl der Vollkräfte im Altenpflegeheim betrug 44,79 (Vorjahr: 44,8).

Die Anzahl der Arbeitnehmer des Wirtschaftsjahres 2010 getrennt nach Dienstarten und Einrichtung gestaltet sich wie folgt:

	SKD	Altenpflegeheim	Summe
	Personen	Personen	Personen
Ärztlicher Dienst	227	0	227
Pflegedienst	461	41	502
Medizinische-technischer Dienst	210	0	210
Funktionsdienst	192	0	192
Klinisches Hauspersonal/Hauswirtschaftlicher Dienst	51	12	63
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	88	0	88
Technischer Dienst	44	0	44
Verwaltungsdienst	106	1	107
Sonderdienst	19	0	19
Personal in Ausbildungsstätten	7	0	7
	1.405	54	1.459

### Betriebsleitung

Die Betriebsleitung nach § 5 EigBG LSA besteht aus folgenden Personen:

- Frau Gabriele Süßmilch, Verwaltungsdirektorin  
 Frau Süßmilch ist am 4. Mai 2011 verstorben.  
 Mit Wirkung vom 1. Juni 2011 wurde Herr Dr. med. Joachim Zagrodnick gemäß Stadtratsbeschluss vom 25. Mai 2011 zum 1. Betriebsleiter und Herr Dr. med. André Dyrna zum amtierenden Verwaltungsdirektor berufen.
- Herr Dr. med. Joachim Zagrodnick, Ärztlicher Direktor
- Herr Daniel Behrendt, Pflegedienstleiter.

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge für die Betriebsleitung betragen im Jahr 2010 TEUR 302 (Vorjahr: TEUR 282).

### Krankenhausausschuss

Dem Krankenhausausschuss (Betriebsausschuss gemäß § 8 EigBG LSA) gehörten 2010 folgende Personen an:

1. Klemens Koschig, Oberbürgermeister, Vorsitzender,  
Mit Wirkung vom 1. April 2011 wurde Frau Sabrina Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen der Stadt Dessau-Roßlau, zur Vorsitzenden des Krankenhausausschusses berufen.
2. Herr Heinz Bierbaum, Ruheständler,
3. Frau Angela Müller, Krankenschwester ADA,
4. Frau Anke Berghäuser, Personalratsvorsitzende, Personalrat SKD,
5. Herr Dr. Jürgen Neubert, Ruheständler,
6. Herr Otto Glathe, Unternehmer,
7. Frau Maschinenbau-Ing. Monika Andrich,
8. Herr Dipl.-Ing. Hans-Georg Otto, Ruheständler,
9. Herr Dipl.-Theologe Stefan Giese-Rehm,
10. Herr Dipl.-Ing. Frank Hoffmann.

Für ihre Tätigkeit erhalten die Stadträtinnen und Stadträte und die Arbeitnehmervertreterin eine Aufwandsentschädigung gemäß Entschädigungssatzung der Stadt Dessau-Roßlau.

### Betriebliche Altersversorgung

Der Verpflichtung, für anspruchsberechtigte Beschäftigte und Auszubildende eine zur Versorgung führende Versicherung bei einer kommunalen Zusatzversorgungskasse abzuschließen, kommt das SKD durch die Anmeldung der anspruchsberechtigten Mitarbeiter bei der ZVK Sachsen-Anhalt mit Sitz in Magdeburg nach. Die ZVK erhob in 2010 auf der Grundlage des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts vom Arbeitgeber eine Umlage in Höhe von 1,5 %. Daneben wurde ein Zusatzbeitrag erhoben. Der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmeranteil betragen jeweils 2,0 %

Bis 31. Dezember 2002 arbeitete die ZVK ausschließlich nach dem Umlageverfahren und kombiniert seit dem 1. Januar 2003 dieses mit dem Kapitaldeckungsverfahren (Punktemodell).

Durch den Transfer der Altanwartschaften in das Punktemodell ist von einer Unterdeckung für die Wirtschaftsjahre 1997 bis 2002 auszugehen, da für diesen Zeitraum nur Umlagen von insgesamt 8 % gezahlt wurden, denen aber Zusagen von insgesamt 24 % gegenüberstehen.

Hinzu kommt, dass bei der derzeitigen Lage am Kapitalmarkt, die durch die Tarifgrundlagen entstehenden Ansprüche mit einem Beitrag von 4 % nicht finanziert werden können und mit jeder Beitragszahlung ein neuer, zusätzlicher nicht ausfinanzierter Versorgungsanspruch entsteht, der durch die Umlage nachträglich ausfinanziert werden muss.

Die ZVK sieht sich außerstande, konkrete Angaben zur vorhandenen Unterdeckung zu machen.

Angaben zum Anteilsbesitz zum 31. Dezember 2010

Name	Sitz	Beteiligung in %	Eigenkapital zum 31.12.2010 TEUR	Ergebnis Geschäftsjahr 2010 TEUR
Medizinisches Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau gGmbH, Dessau-Roßlau	Dessau-Roßlau	100	1.573	472

Honorar des bestellten Abschlussprüfers (§ 285 S.1 Nr. 17 HGB)

Das Gesamthonorar für das Wirtschaftsjahr 2010 schlüsselt sich wie folgt auf:

- Abschlussprüfungsleistungen      EUR 30.465,00
- andere Bestätigungsleistungen      EUR 3.330,00

Dessau-Roßlau, 7. Juli 2011

.....  
 Dr. med. Joachim Zagrodnick  
 Erster Betriebsleiter

.....  
 Dr. med. André Dyrna  
 amt. Verwaltungsdirektor

.....  
 Daniel Behrendt  
 Pflegedienstleiter

Städtisches Klinikum Dessau  
 Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010  
 Anlagennachweis Krankenhaus und Altenpflegeheim



1	Entwicklung Anschaffungswerte					Entwicklung Abschreibungen				Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 1.1.2010 EUR	Zugang 2010 EUR	Umbuchung 2010 EUR	Abgang 2010 EUR	Endstand 31.12.2010 EUR	Anfangsstand 1.1.2010 EUR	Abschreibungen 2010 EUR	Entnahme für Abgänge 2010 EUR	Endstand 31.12.2010 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR	Ø Afa-Satz 2010 %	Ø Restbuchwert 2010 %
2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen</b> Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Werten und Rechten	1.844.640,96	245.080,02	0,00	39.555,39	2.050.165,59	1.567.642,94	122.974,02	39.553,39	1.651.063,57	399.102,02	276.998,02	6,0	19,5
<b>II. Sachanlagen</b>													
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	125.180.458,04	22.926,84	323.187,59	230.081,35	125.296.491,12	44.769.648,70	4.266.077,43	230.080,33	48.805.645,80	76.490.845,32	80.410.809,34	3,4	61,0
2. Technische Anlagen	15.544.936,81	263.857,47	0,00	506.087,57	15.302.706,71	9.890.285,81	1.323.874,87	503.858,97	10.710.301,71	4.592.405,00	5.654.651,00	8,7	30,0
3. Einrichtungen u. Ausstattungen	54.359.534,09	2.778.074,27	114.660,64	1.692.117,63	55.560.151,37	42.507.292,62	3.200.424,68	1.690.045,83	44.017.671,47	11.542.479,90	11.852.241,47	5,8	20,8
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	855.762,31	2.673.432,13	-437.848,23	0,00	3.091.346,21	0,00	0,00	0,00	0,00	3.091.346,21	855.762,31	0,0	100,0
	195.940.691,25	5.738.290,71	0,00	2.428.286,55	199.250.695,41	97.167.227,13	8.790.376,98	2.423.985,13	103.533.618,98	95.717.076,43	98.773.464,12	4,4	48,0
<b>III. Finanzanlagen</b>													
1. Beteiligungen	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	25.000,00	0,0	100,0
2. Sonstige Finanzanlagen	30.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00	0,0	100,0
	55.000,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00	55.000,00	0,0	100,0
	197.840.332,21	5.983.370,73	0,00	2.467.841,94	201.355.861,00	98.734.870,07	8.913.351,00	2.463.538,52	105.184.682,55	96.171.178,45	99.105.462,14	4,4	47,8



## Krankenhaus nach KHBV

1	Entwicklung Anschaffungswerte					Entwicklung Abschreibungen				Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 1.1.2010 EUR	Zugang 2010 EUR	Umbuchung 2010 EUR	Abgang 2010 EUR	Endstand 31.12.2010 EUR	Anfangsstand 1.1.2010 EUR	Abschreibungen 2010 EUR	Entnahme für Abgänge 2010 EUR	Endstand 31.12.2010 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR	Ø Afa-Satz 2010 %	Ø Restbuchwert 2010 %
2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen</b> Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Werten und Rechten	1.840.768,88	245.080,02	0,00	39.555,39	2.046.293,51	1.563.771,86	122.974,02	39.553,39	1.647.192,49	399.101,02	276.997,02	6,0	19,5
<b>II. Sachanlagen</b>													
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	119.837.107,40	22.926,84	323.187,59	230.081,35	119.953.140,48	44.038.691,06	4.160.334,43	230.080,33	47.968.945,16	71.984.195,32	75.798.416,34	3,5	60,0
2. Technische Anlagen	15.419.699,43	213.600,51	0,00	506.087,57	15.127.212,37	9.817.195,43	1.309.393,91	503.858,97	10.622.730,37	4.504.482,00	5.602.504,00	8,7	29,8
3. Einrichtungen u. Ausstattungen	54.025.958,40	2.773.716,99	114.660,64	1.691.747,63	55.222.588,40	42.295.065,44	3.169.929,40	1.689.755,83	43.775.239,01	11.447.349,39	11.730.892,96	5,7	20,7
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	855.762,31	2.673.432,13	-437.848,23	0,00	3.091.346,21	0,00	0,00	0,00	0,00	3.091.346,21	855.762,31	0,0	100,0
	190.138.527,54	5.683.676,47	0,00	2.427.916,55	193.394.287,46	96.150.951,93	8.639.657,74	2.423.695,13	102.366.914,54	91.027.372,92	93.987.575,61	4,5	47,1
<b>III. Finanzanlagen</b>													
1. Beteiligungen	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	25.000,00	0,0	100,0
2. Sonstige Finanzanlagen	30.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00	0,0	100,0
	55.000,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00	55.000,00	0,0	100,0
	192.034.296,42	5.928.756,49	0,00	2.467.471,94	195.495.580,97	97.714.723,79	8.762.631,76	2.463.248,52	104.014.107,03	91.481.473,94	94.319.572,63	4,5	46,8



Altenpflegeheim am Georgengarten nach PBV

Bilanzpositionen	Entwicklung Anschaffungswerte				Entwicklung Abschreibungen				Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 1.1.2010 EUR	Zugang 2010 EUR	Abgang 2010 EUR	Endstand 31.12.2010 EUR	Anfangsstand 1.1.2010 EUR	Abschreibungen 2010 EUR	Entnahme für Abgänge 2010 EUR	Endstand 31.12.2010 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR	Ø Afa-Satz 2010 %	Ø Restbuchwert 2010 %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen</b> Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Werten und Rechten	3.872,08	0,00	0,00	3.872,08	3.871,08	0,00	0,00	3.871,08	1,00	1,00	0,0	0,0
<b>II. Sachanlagen</b>												
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	5.343.350,64	0,00	0,00	5.343.350,64	730.957,64	105.743,00	0,00	836.700,64	4.506.650,00	4.612.393,00	2,0	84,3
2. Technische Anlagen	125.237,38	50.256,96	0,00	175.494,34	73.090,38	14.480,96	0,00	87.571,34	87.923,00	52.147,00	8,3	50,1
3. Einrichtungen u. Ausstattungen	333.575,69	4.357,28	370,00	337.562,97	212.227,18	30.495,28	290,00	242.432,46	95.130,51	121.348,51	9,0	28,2
	5.806.035,79	54.614,24	370,00	5.860.280,03	1.020.146,28	150.719,24	290,00	1.170.575,52	4.689.704,51	4.785.889,51	2,6	80,0



# Altenpflegeheim am Georgengarten

## Nachweis der Förderungen zum 31.12.2010



1	Entwicklung geförderte Anschaffungswerte		Entwicklung geförderte Abschreibungen			Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 1.1.2010 EUR	Endstand 31.12.2010 EUR	Anfangsstand 1.1.2010 EUR	Abschreibungen 2010 EUR	Endstand 31.12.2010 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR	Ø Afa-Satz 2010 %	Ø Restbuchwert 2010 %
2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<b>Sachanlagen</b>									
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	4.333.747,00	4.333.747,00	679.828,00	93.689,00	773.517,00	3.560.230,00	3.653.919,00	15,7	82,2
2. Technische Anlagen	112.673,00	112.673,00	67.596,00	11.266,00	78.862,00	33.811,00	45.077,00	60,0	30,0
3. Einrichtungen u. Ausstattungen	225.846,91	225.846,91	158.512,91	16.832,00	175.344,91	50.502,00	67.334,00	70,2	22,4
	4.672.266,91	4.672.266,91	905.936,91	121.787,00	1.027.723,91	3.644.543,00	3.766.330,00	19,4	78,0



## Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2010

### 1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

#### 1.1. Rahmenbedingungen

Das Städtische Klinikum Dessau (SKD) ist ein Eigenbetrieb der Stadt Dessau-Roßlau und Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Es ist als Schwerpunktkrankenhaus in den Krankenhausplan des Landes aufgenommen.

Das Klinikum verfügt über die Hauptabteilungen Anästhesiologie und Intensivtherapie, Augenheilkunde mit dem Zentrum für Refraktive Chirurgie, Chirurgie mit den Abteilungen Gefäßchirurgie und Visceralchirurgie, Dermatologie, Venerologie und Allergologie mit dem Immunologischen Zentrum, Diagnostische und Interventionelle Radiologie und Neuroradiologie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Hals-Nasen-Ohren Heilkunde mit Kopf- und Halschirurgie, Innere Medizin mit den Abteilungen Kardiologie, Gastroenterologie, Pneumologie, Hämatologie/Onkologie, Diabetologie/Endokrinologie, Angiologie, Nephrologie und internistische Intensivmedizin, Kinder- und Jugendmedizin mit Intensivtherapie, Neurochirurgie, Neurologie, Nuklearmedizin, Orthopädie- und Unfallchirurgie, Strahlentherapie, Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik, Pathologie und die Belegabteilung Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie.

Weiterhin gehören zum Klinikum eine staatlich genehmigte Ausbildungseinrichtung für Gesundheits- und Krankenpflege und ein Altenpflegeheim mit 82 Pflegebetten.

Im Wirtschaftsjahr 2006 wurde das Medizinische Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau als gemeinnützige GmbH der Stadt Dessau-Roßlau gegründet.

#### 1.2. Umsatz- und Leistungsentwicklung

Die Budget- und Entgeltverhandlungen für das Jahr 2010 fanden im Juni 2010 statt.

	2010	2009	2010
	Ist	Ist	lt. Vereinbarung
vollstationär behandelte Patienten mit ÜL	28.612	28.259	27.885
Effektive Bewertungsrelation (Casemix) mit ÜL	29.408,075	29.843,614	30.058,677
Effektiver Casemix-Index (CMI) mit ÜL	1,028	1,056	1,078
Belegungstage mit ÜL	196.114	201.987	
Verweildauer in Tagen mit ÜL	6,9	7,1	
Nutzungsgrad in %	80,22	82,03	

Das vereinbarte Erlösbudget ohne Ausgleichen für das Jahr 2010 betrug EUR 88.994.189.

Die Auslastung des Altenpflegeheimes betrug im Jahr 2010 98,6 %. Es wurden 29.067 Belegungstage und 441 Abwesenheitstage dokumentiert. Folgende Pflegesätze wurden abgerechnet:

<b>ab 09/2009</b>	<u>EUR</u>
Pflegestufe 1	42,39
Pflegestufe 2	56,36
Pflegestufe 3	63,80
Härtefälle	73,00
<b>ab 08/2008</b>	
Unterkunft und Verpflegung	16,52
Investitionskosten	2,01

Der Satz für Unterkunft und Verpflegung ist seit März 2008 unverändert.

### **1.3. Prozess der Leistungserbringung**

Seit dem 1. Januar 1994 ist das Städtische Klinikum Dessau Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und nimmt im Rahmen des bestehenden Vertrages an der Ausbildung von Medizinstudenten teil.

Die bestehenden Kooperationen mit der Internistisch / Nephrologischen Berufsausübungsgemeinschaft, dem Kuratorium für Dialyse und Nierentransplantationen e. V., niedergelassenen Fachärzten, der Fachhochschule Anhalt und der Medizinisches Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau gGmbH wurden fortgeführt.

### **1.4. Beschaffung**

Das Städtische Klinikum ist Mitglied in der Dienstleistungs- und Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser eG im Deutschen Städtetag.

Beschaffungen, die nicht über die Einkaufsgemeinschaft realisiert werden, erfolgen im Rahmen von Vergabeverfahren nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL); Baumaßnahmen nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) und Planungsleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure.

### **1.5. Investitionen und Instandhaltung**

Im Wirtschaftsjahr 2009 wurde mit der Errichtung eines 5. Bauabschnittes begonnen, in dem die Klinik für Kinder- und Jugendmedizin, das Onkologische Zentrum sowie eine Station mit erweitertem Serviceangebot (Hotelstation) untergebracht werden. Die Inbetriebnahme ist im Wirtschaftsjahr 2011 vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt insgesamt aus Eigenmitteln des Klinikums.

Weiterhin wurde im Wirtschaftsjahr 2009 mit dem Ausbau der innerbetrieblichen Patienten- und Besucherparkplätze begonnen. Diese wurden im Juni 2010 fertig gestellt und in Betrieb genommen.

Vom Land Sachsen-Anhalt erhielt das Klinikum pauschale Fördermittel in Höhe von EUR 1.288.520. Aus diesen Mitteln wurden u.a. neue Röntgenbildverstärker, Ultraschallfarbdoppler und -systeme sowie ein mikrobiologischer Analyseautomat beschafft.

Das Investitionsvolumen gemäß Anlagenbuchhaltung betrug im Berichtszeitraum insgesamt EUR 5.983.371.

## **1.6. Finanzierungsmaßnahmen**

Es bestanden keine Kreditverpflichtungen gegenüber Dritten.

Vom Land Sachsen-Anhalt wird die Eingliederung des Zytostatika-Herstellungsbereiches gefördert. Dieser Bereich befindet sich gegenwärtig noch in einem externen Gebäude.

## **1.7. Personalbereich**

Im Wirtschaftsjahr 2010 waren im Klinikum durchschnittlich 1.284,9 VK beschäftigt, 6,9 VK mehr als im Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 2009. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Personalkosten von Mio. EUR 69,2 auf Mio. EUR 69,6. Das sind für das Wirtschaftsjahr 2010 pro VK Personalkosten in Höhe von TEUR 54 (Vorjahr: TEUR 54).

Im Wirtschaftsjahr 2010 trugen hauptsächlich die folgenden Faktoren zur Entwicklung der Personalkosten bei:

- Lineare Tarifsteigerung um 1,2 %
- Einmalzahlungen im ärztlichen Dienst
- Tarifsteigerung Marburger Bund ab Mai 2010
- Veränderungen sozialversicherungspflichtiger Bemessungsgrenzen
- Keine Veränderungen von Beitragssätzen

Die Ausgaben für die Altersvorsorge stiegen von TEUR 1.850 im Jahr 2009 auf TEUR 1.869 im Jahr 2010.

## **1.8. Wichtige Vorgänge des Wirtschaftsjahres**

Die Betriebsleitung wurde für das Wirtschaftsjahr 2009 durch den Stadtrat am 27. Oktober 2010 entlastet.

Die flächendeckende Einführung der digitalen Pflegedokumentation wurde weiter geführt und soll im Wirtschaftsjahr 2011 abgeschlossen werden.

## **2. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

### **2.1. Ertragslage**

Das Wirtschaftsjahr 2010 wird mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 28 (Vorjahr: TEUR 2.035) abgeschlossen.

### **2.2. Vermögens- und Finanzlage**

Es wird auf die Bilanz verwiesen. Die Umsatzerlöse betragen insgesamt EUR 104.267.069.

Die Barliquidität ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2.810 insbesondere aufgrund der eigenmittelfinanzierten Investitionen für den 5. Bauabschnitt auf TEUR 12.283 gesunken.

Das Eigenkapital erhöhte sich zum 31. Dezember 2010 um den Jahresüberschuss (TEUR 28) und die Einstellung in die Gewinnrücklagen (TEUR 5) aufgrund der Anwendung von BilMoG. Gegenläufig wirkte sich die Entnahme aus der Kapitalrücklage (TEUR 1.278) auf die Höhe des Eigenkapitals aus. Der Jahresüberschuss unterliegt der Zweckbindung nach Gemeinnützigkeitsrecht und ist für nicht geförderte Investitionen bestimmt bzw. schon verwendet worden.

Die Eigenkapitalquote beträgt 79,7 %. Der Materialaufwand betrug EUR 27.645.014.

## **3. Nachtragsbericht**

### **Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag liegen nicht vor.

## **4. Risikobericht**

### **Angaben zum wirtschaftlichen und rechtlichen Bestand**

Die Betriebsleitung geht vom Weiterbestand des Eigenbetriebes der Stadt Dessau-Roßlau aus. Die Gesamtrisikolage, die sich aus den verschiedenen Einzelrisiken zusammensetzt, hat sich nach Einschätzung der Betriebsleitung gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Derzeit wird mit Strukturveränderungen, Leistungsanpassungen und Soft Skills auf den Fachkräftemangel im ärztlichen Dienst, im Pflegedienst und Funktionsdienst reagiert.

Die demografische Entwicklung zwingt das Klinikum dazu, sein Leistungsspektrum der immer älter werdenden Bevölkerung und den daraus resultierenden Krankheitsbildern anzupassen. Damit verbunden ist eine stetige Fort- und Weiterbildung bzw. Spezialisierung der Fachkräfte und Etablierung neuer Versorgungsformen.

Die hohe Geschwindigkeit des medizinischen Fortschritts und seiner damit verbundenen neuen Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten (moralischer Verschleiß) wird auch künftig bei der Beschaffung von Medizintechnik, unter Beachtung der Konkurrenzsituation zu anderen Krankenhäusern in der Umgebung, eine bedeutende Rolle spielen.

Risiken bestehen auch hinsichtlich der ambulanten Leistungserbringung durch zusätzliche Konkurrenz niedergelassener Ärzte und anderer Krankenhäuser im Rahmen der Integrierten Versorgung. Die Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten und anderen Leistungserbringern ist deshalb zu verstärken, um so im Rahmen der neuen Behandlungsformen tätig werden zu können.

Mittelfristig sehen wir die Risiken in der Einnahmenentwicklung der Krankenkassen in den neuen Bundesländern. Problematisch ist im Vergleich zu den Krankenhäusern in den alten Bundesländern, dass die nur sehr geringen Nebeneinnahmen aus ärztlichen und nichtärztlichen Wahlleistungen keinen Ausgleich für Defizite im Budgetbereich schaffen. Dies führt aber auch nach wie vor dazu, dass liquidationsberechtigten Ärzten weniger Zusatzeinnahmen neben den Gehältern zufließen und ein Wettbewerbsnachteil gegenüber Krankenhäusern in den alten Bundesländern für ärztliches Personal besteht. Die geplante Schaffung einer Privatstation im 5. BA soll dieses Problem entschärfen.

Deshalb ist es dringend erforderlich, dass die Bemühungen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und zur Erschließung neuer Betätigungsfelder fortgesetzt werden.

Zum 1. Juni 2011 erfolgten die Neubesetzung der Stelle des Verwaltungsdirektors sowie die Ernennung des Ärztlichen Direktors zum 1. Betriebsleiter. Die Neubesetzungen wurden notwendig, weil die bisherige Verwaltungsdirektorin und 1. Betriebsleiterin im Mai 2011 verstorben ist.

## **5. Prognosebericht**

Im Wirtschaftsjahr 2011 sollen durch Veränderungen im Leistungsspektrum die Leistungsmengen wieder gesteigert werden; dies wurde in der Budgetvereinbarung bereits berücksichtigt. Die Vernetzung von stationären Leistungen und dem ambulanten Bereich soll weiter verbessert werden, hier insbesondere zwischen der Medizinisches Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau gGmbH und dem Städtischen Klinikum Dessau.

Die Kosten sollen weiterhin im Rahmen des Möglichen gesenkt werden. Die Möglichkeiten für zusätzliche Erträge für nicht stationäre Leistungen durch neue Behandlungsformen sollen ausgeschöpft und neue Tätigkeitsfelder erschlossen werden.

Da in absehbarer Zeit in Deutschland nicht mit einer Entlastung der Personalsituation im ärztlichen Dienst zu rechnen ist, wird der Einsatz von Honorarärzten auch weiterhin an Bedeutung im Klinikum zunehmen und die zu zahlenden außertariflichen Vergütungen werden sich in weiteren Kostensteigerungen bemerkbar machen.

Problematisch ist auch die geringe Höhe der pauschalen Fördermittel für die Wiederbeschaffung von kurzfristigen Wirtschaftsgütern. Investitionen aus Fördermitteln sind dadurch sehr begrenzt. Es wurde deshalb aus den bisher erzielten Ergebnissen eine Rücklage für nicht geförderte Investitionen gebildet.

Mit der erfolgten Eingliederung der Krankenpflegeschule in die Akademie für Bildung und Information beteiligt sich das Städtische Klinikum verstärkt nicht nur an der Aus- und Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter, sondern bietet Weiterbildungsveranstaltungen auch für externe Interessenten an.

Die Kliniken des SKD beteiligen sich an zahlreichen Studien und Forschungsprojekten, die über Drittmittel finanziert werden und arbeiten dabei mit anderen externen Kliniken und Forschungseinrichtungen zusammen. An der Klinik für Dermatologie, Venerologie und Allergologie wurde deshalb ein Zentrum für klinische Studien eingerichtet.

Durch die Neubesetzung der Chefarztstelle in der Klinik für Diagnostische und Interventionelle Radiologie und Neuroradiologie zum 1. April 2011 wird ein erweitertes Leistungsspektrum angeboten, dass zu einer Erlössteigerung führen soll.

Die Betriebsleitung geht davon aus, dass in den beiden folgenden Wirtschaftsjahren ein positives Jahrergebnis orientiert an dem Niveau des Wirtschaftsjahres 2010 erreicht werden kann.

Dessau-Roßlau, 7. Juli 2011

.....  
Dr. med. Joachim Zagrodnick  
Ärztlicher Direktor

.....  
Dr. med. André Dyrna  
amt. Verwaltungsdirektor

.....  
Daniel Behrendt  
Pflegedienstleiter

## **Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse**

### **Rechtliche Verhältnisse**

Es gilt die Betriebssatzung vom 10. Dezember 1997 zuletzt geändert durch Beschluss am 22. Oktober 2008. Das Krankenhaus wird nach § 1 EigBG LSA und § 1 der Betriebssatzung als wirtschaftliche und organisatorische Einheit (SKD) geführt. Am 25. Mai 2011 wurde vom Stadtrat ein Beschluss zur Satzungsänderung gefasst, welcher am 27. August 2011 durch Bekanntmachung in Kraft getreten ist. Gegenstand der Satzungsänderung ist die Bestellung und Abberufung der Mitglieder der Betriebsleitung.

Der Sitz des Eigenbetriebs ist Dessau-Roßlau.

Gegenstand des Eigenbetriebs ist gemäß § 2 der Betriebssatzung die Sicherstellung der stationären und ambulanten ärztlichen Versorgung sowie die Pflege und Unterbringung von Kranken mit dem Ziel, Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festzustellen, zu heilen oder zu lindern. Es dient ferner der Aus- und Weiterbildung für medizinische und andere Krankenhausberufe sowie der Forschung und Wissenschaft im Sinne von § 68 Nr. 9 AO. Des Weiteren wird auf dem Gelände des Städtischen Klinikums eine betriebliche Kindertageseinrichtung betrieben, die vorrangig für die Kinder der Betriebsangehörigen zur Verfügung steht. Weiterer Satzungszweck ist die Pflege und Betreuung alter sowie pflegebedürftiger Menschen. Diese soll durch Kurzzeitpflege auf dem Gelände des Klinikums und durch das Betreiben von Altenpflegeheimen in Dessau verwirklicht werden.

Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebs entspricht dem Kalenderjahr.

Die Betriebsleitung hat gemäß § 11 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 19 EigBG LSA den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – und den Lagebericht des Eigenbetriebs in Anwendung der Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches aufzustellen, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten. Von den Bestimmungen des § 1 Abs. 3 KHBV kann Gebrauch gemacht werden.

Die Abschlussprüfung ist um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 Abs. 1 HGrG zu erweitern.

Das Stammkapital des Eigenbetriebs beträgt EUR 3.078.000,00 und wird von der Stadt Dessau-Roßlau gehalten.

Die Organe des Eigenbetriebs sind die Betriebsleitung, der Krankenhausausschuss und der Stadtrat.

Hinsichtlich der Betriebsleitung sowie der Zusammensetzung des Krankenhausausschusses verweisen wir auf die Angaben im Anhang (Anlage I).

Im Wirtschaftsjahr 2010 fanden sieben ordentliche Sitzungen des Krankenhausausschusses (am 11. Februar, am 17. März, am 5. Mai, am 24. Juni, am 6. Oktober sowie am 23. November und am 2. Dezember) statt. Zudem fanden drei Sitzungen des Stadtrats am 24. März, am 27. Oktober und am 15. Dezember 2010, in welcher Sachverhalte den Eigenbetrieb betreffend behandelt wurden, statt. Sämtliche Protokolle der Sitzungen der Organe haben uns vorgelegen.

Der von uns geprüfte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk trägt, wurde vom Stadtrat am 27. Oktober 2010 festgestellt. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Erfolgsübersicht lagen gemäß § 19 Abs. 5 EigBG LSA in der Zeit vom 10. Januar bis zum 17. Januar 2011 zur Einsichtnahme im Büro der Verwaltungsdirektorin des Eigenbetriebs öffentlich aus.

Der Stadtrat beschloss, den Jahresüberschuss von EUR 2.035.361,74 in voller Höhe in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Der Betriebsleitung wurde für das Wirtschaftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

## **Wirtschaftliche Verhältnisse**

### **Krankenhausplan**

Das Krankenhaus ist in den Krankenhausplan ab dem Jahr 2008 des Landes Sachsen-Anhalt gemäß Feststellungsbescheid vom 8. Juli 2008 als Krankenhaus der überregionalen Versorgung aufgenommen.

Im Krankenhausplan des Landes Sachsen-Anhalt werden keine Planbetten ausgewiesen. Es werden jedoch Rahmenvorgaben für Versorgungs- und Qualitätsziele der Krankenhäuser vorgegeben. Im Feststellungsbescheid zur Aufnahme in den Krankenhausplan werden Gebiete, Zentren, Planungsschwerpunkte und Ausbildungsstätten ausgewiesen.

Dem Krankenhaus wurden im Rahmen des am 8. Juli 2008 beschlossenen Krankenhausplans für die Jahre ab 2008 folgende Planungsschwerpunkte zugewiesen:

- Gefäßchirurgie
- Visceralchirurgie
- Orthopädie/Unfallchirurgie
- Gastroenterologie
- Hämatologie und Onkologie

- Kardiologie
- Nephrologie
- Pneumologie

### Entgeltvereinbarung mit den Kostenträgern

Die Vertragsparteien haben am 16. Juni 2010 eine Entgeltvereinbarung für das Jahr 2010 abgeschlossen. Die Genehmigung der Vereinbarung über das Budget und der neuen Entgelte für 2010 wurde durch das Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg, am 12. Juli 2010 erteilt.

Folgende erlösrelevante Bestandteile weist die Vereinbarung 2010 gegenüber der Vorjahresvereinbarung aus:

	2010 EUR	Vorjahr EUR
DRG-Erlösbudget	86.689.224	83.173.495
Erlöse aus Zusatzentgelten	2.304.965	2.064.414
Budget gemäß § 4 Abs. 1 und 2 KHEntgG	88.994.189	85.237.909
Erlöse Entgelte § 6 Abs. 1 KHEntgG	290.603	313.089
Zu-/Abschläge		
Pflegezuschlag	355.166	355.166
Verbesserung Arbeitsverbesserungen (ohne Ausgleiche)	0	1.091.761
Abschlag für Mehrleistungen	0	-237.584
Zu-/Abschlag wegen Konvergenzverlängerung	0	-311.969
Ausbildungsbudget (ohne Ausgleiche)	1.086.381	1.069.904
Summe vereinbarte Erlösbestandteile ohne Ausgleiche	90.726.339	87.518.276
Budgetveränderung gegenüber Vorjahr	EUR	
	%	
	+3.208.063	
	+3,67	

Die Budgetveränderung zum Vorjahr setzt sich wie folgt zusammen:

	EUR
DRG-Mengenänderungen	1.407.945
DRG-Preisänderungen	1.253.607
DRG-Konvergenzanpassung	311.969
Veränderung Zusatzentgelte (E2)	240.551
Veränderung Ausbildungsbudget	16.477
Veränderung Entgelte § 6 Abs. 1 KHEntgG	-22.486
	3.208.063

## Altenpflegeheim „Am Georgengarten“

Das Altenpflegeheim verfügt über 82 Pflegeplätze und erbringt im stationären Bereich Leistungen gemäß § 43 SGB XI (Pflegestufen I bis III und Härtefälle) sowie zusätzliche Betreuungsleistungen i. S. d. § 45b SGB XI.

Mit den Kostenträgern wurden Vergütungs- bzw. Preisvereinbarungen für Leistungen gemäß § 68 Abs. 1 Satz 2 BSHG und die Durchführung vollstationärer Pflegeleistungen vereinbart. Für das Wirtschaftsjahr 2010 galten folgende Preise pro Pflage-tag gemäß Preisvereinbarung:

Vereinbarungszeitraum	2010 EUR
Pflegestufe I	42,39
Pflegestufe II	56,36
Pflegestufe III	63,80
„Härtefälle“	73,00
Entgelt für Unterkunft und Verpflegung	16,52
Investitionskosten	2,01

## Personal

Die Vergütung der Arbeitnehmer erfolgt nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst für den Dienstleistungsbereich Krankenhäuser im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände bzw. nach dem Tarifvertrag für Ärzte und Ärztinnen an kommunalen Krankenhäusern im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände.

## Vertragliche Grundlagen

Im Folgenden werden die wesentlichen Verträge des Städtischen Klinikums Dessau – Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dessau-Roßlau, aufgeführt:

- Das SKD ist gemäß Ministerialblatt des Landes Sachsen-Anhalt Nr. 10/1993 vom 25. Februar 1993 als Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt anerkannt. Der Vertrag ist ab 1. Januar 1994 in Kraft getreten.
- Es besteht ein Kooperationsvertrag mit den Ärzten DM Theunert und Dr. med. Saile über die Erbringung von ambulanten Dialyseleistungen sowie nephrologischer Leistungen bei stationären Patienten des Klinikums. Die Ärzte betreiben seit dem 1. März 1999 eine nephrologische Gemeinschaftspraxis in vom Klinikum angemieteten Räumen. Das Klinikum erbringt für die ambulanten Dialyseleistungen alle nichtärztlichen Leistungen. Die Vergütung erfolgt über eine umsatzabhängige Pauschale, welche die Ärzte an das Klinikum leisten. Erbrachte Leistungen für stationäre Patienten werden von den Ärzten dem Klinikum gesondert berechnet.

- Mit dem MVZ wurde am 8. Juli 2006 ein Vertrag über die Durchführung von ambulanten Leistungen durch das MVZ auf dem Gelände des Eigenbetriebs geschlossen. Die Vergütung wurde am 8. Juli 2006 in einer gesonderten Vergütungsvereinbarung geregelt. Nach dieser erstattet das MVZ dem Klinikum mindestens die durch ihre aus der ambulanten Tätigkeit dem Krankenhaus entstehenden Kosten. Die Kostenerstattung kann pauschaliert werden. Besondere Vereinbarungen über eine pauschale Kostenerstattung wurden in den Bereichen Strahlentherapie, Labor und Radiologie geschlossen. Die vorgenannten Pauschalierungen sind so bemessen, dass auch allgemeine Verwaltungskosten des Klinikums abgedeckt sind.
- Am 3. Januar 2008 wurde des Weiteren eine gesonderte Vereinbarung zur Kostenerstattung für die Nutzung von Strahleneinrichtungen des Klinikums und des dort tätigen nicht-ärztlichen Personals zwischen dem MVZ und dem Klinikum geschlossen. Gemäß dieser Vereinbarung erstattet das MVZ dem Klinikum für die aus der Nutzung von Räumen, Einrichtungen und Geräten der Strahlentherapie entstehenden Kosten, die Personalkosten sowie für die sonstigen Sachkosten 70 % der Bruttoerlöse aus Bestrahlungsleistungen.
- Im Dezember 2008 wurde zwischen dem Klinikum und dem MVZ eine Vereinbarung über die Kostenerstattung für die Nutzung der Laboreinrichtung des Klinikums und des dort tätigen nichtärztlichen Personals durch das Medizinische Versorgungszentrum geschlossen. In dieser wurde geregelt, dass das MVZ dem Klinikum für die Kosten der Nutzung von Räumen, Einrichtung und Geräten, für die sonstigen Sachkosten sowie die Personalkosten 70 % der Bruttoerlöse aus allen Laborleistungen erstattet.
- Seit dem 1. Januar 2009 erbringt das MVZ die Gebäude- und Fensterreinigungsleistungen für das Klinikum und das Altenpflegeheim „Am Georgengarten“. Im Gegenzug erbringt das Klinikum für das MVZ die Abrechnung von Löhnen und Gehältern, die Materialwirtschaft, die Finanzbuchhaltung und das Rechnungswesen. Das Klinikum erstattet dem MVZ alle aus den Reinigungsleistungen entstehenden Kosten und ist seinerseits dazu berechtigt, eine Verwaltungskostenumlage zu erheben. Der Vertrag wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Quartalsende gekündigt werden. Nach einer fünfjährigen Vertragsdauer verlängert sich die Kündigungsfrist auf zwölf Monate.
- Ab dem 1. Oktober 2009 hat der Eigenbetrieb die Dresdner Wach- und Sicherungs-Institut GmbH mit der Ausführung von Sicherheits- und Empfangsdienstleistungen in den Räumen und auf dem Gelände des Städtischen Klinikums Dessau sowie von Leistungen im Bereich der Rezeption beauftragt. Die Dresdner Wach- und Sicherungs-Institut GmbH erhält hierfür eine monatliche Pauschale sowie im Falle der Separatbewachung der Baustelle eine Vergütung nach Stunden. Der Vertrag datiert vom 27. Juli 2009. Der Vertrag gilt für die Dauer von einem Jahr und kann mit einer Frist von drei Monaten vor Ablauf des Vertrags gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, verlängert sich der Vertrag jeweils um ein weiteres Jahr.
- Der Eigenbetrieb hat die 1. Etage des Hauses 9 des SKD ab dem 1. Juli 2007 an das MVZ vermietet. Der diesbezügliche Mietvertrag endet am 31. Dezember 2028 mit einer fünfmaligen Option auf dreijährige Verlängerung. Die Erklärung über die Ausübung des Optionsrechts muss dem Klinikum spätestens sechs Monate vor Ablauf der Grundmietzeit

schriftlich zugegangen sein. Der Vertrag verlängert sich nach dem 31. Dezember 2028 bei Nichtausübung der Verlängerungsoption jeweils um ein Jahr, wenn er nicht mit einer Frist von sechs Monaten zum Quartalsende gekündigt wird.

### **Steuerliche Verhältnisse**

Gemäß Betriebssatzung und der tatsächlichen Geschäftsführung verfolgt der Eigenbetrieb ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 bis 68 AO und ist insoweit von der Körperschaftsteuer (§ 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG), der Gewerbesteuer (§ 3 Nr. 6 GewStG), der Umsatzsteuer (§ 4 Nr. 16 bzw. 14 UStG) und der Grundsteuer (§ 3 Abs. 1 Nr. 3b GrStG) befreit.

Die Umsatzsteuerbefreiung der Krankenhausumsätze hat zur Folge, dass gemäß § 15 Abs. 2 UStG die dem Eigenbetrieb in Rechnung gestellte Umsatzsteuer (Vorsteuer) nicht abzugsfähig ist und somit einen Bestandteil der Anschaffungskosten bildet.

Soweit wirtschaftliche Geschäftsbetriebe betrieben werden, erfolgt eine partielle Besteuerung.

Die letzte steuerliche Betriebsprüfung betraf die Veranlagungszeiträume 2003 bis 2006 für die Steuerarten Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer und wurde durch das Finanzamt Dessau-Roßlau im Jahr 2009 durchgeführt.

Der Eigenbetrieb ist umsatzsteuerlicher Organträger für die Medizinisches Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau gGmbH, Dessau-Roßlau.

## Analysierende Darstellungen

### Kennzahlen mit 3-Jahresübersicht

Zu den Leistungs- und Budgetdaten sowie der Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir wesentliche betriebswirtschaftliche Kennzahlen und ausgewählte Eckdaten nachfolgend im Überblick dargestellt:

Wirtschaftsjahr		2010	2009	2008
<b>Leistungs- und Budgetdaten</b>				
Aufgestellte Betten		675	678	678
Gesamtfallzahl (stationäre Fälle) <sup>1</sup>		28.612	28.928	27.830
Pflegetage <sup>1</sup>		196.114	203.574	199.045
Verweildauer <sup>1</sup>		6,9	7,0	7,2
DRG-Fälle (ohne Überlieger) <sup>2</sup>				
vereinbart	Anzahl	27.573	27.334	26.880
erzielt	Anzahl	28.298	27.970	27.759
Summe der Bewertungsrelationen (Case-Mix, ohne Überlieger) <sup>1, 2</sup>				
vereinbart		29.033,147	28.772,002	28.497,090
erzielt		28.363,661	29.044,039	28.111,329
Case-Mix-Index (CMI, ohne Überlieger) <sup>1, 2</sup>				
vereinbart		1,053	1,053	1,060
erzielt		1,002	1,038	1,013
Vereinbarter Basisfallwert ohne Ausgleiche und Berichtigungen	EUR	-	-	2.753,90
Landesbasisfallwert mit Ausgleichen (nachrichtlich)	EUR	2.884,00	2.812,72	2.755,00
Abschlag für Konvergenzverlängerung	EUR	-	10,55	-
Vereinbartes DRG-Budget (ohne Ausgleiche) <sup>1</sup>	TEUR	86.689	83.173	78.885
Vereinbarte Entgelte nach § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KHEntgG	TEUR	2.305	2.064	1.399
Erlösbudget nach § 4 Abs. 1 Satz 1 KHEntgG	TEUR	88.994	85.237	80.284
Vereinbarte Entgelte nach § 6 Abs. 1 KHEntgG	TEUR	291	313	466
Separat vereinbartes Budget für Pflegemehrpersone	TEUR	355	355	-
Separat vereinbartes Ausbildungsbudget (ohne Ausgleiche)	TEUR	1.086	1.070	1.055
Separat vereinbartes Budget für Abschaffung Arzt im Praktikum	TEUR	-	-	138
Separat vereinbartes Budget für Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitszeitbedingungen	TEUR	-	1.092	1.033
Vereinbartes Gesamtbudget nach KHEntgG (ohne Ausgleiche)	TEUR	90.726	87.518	82.925
Fälle Ambulantes Operieren <sup>1</sup>	Anzahl	5.407	5.094	4.779
Erzielte Erlöse Ambulantes Operieren	TEUR	2.576	2.649	2.049
Krankenpflegeschule-Plätze über Ausbildungsbudget finanziert)	Anzahl	120	120	120

<sup>1</sup> zur Definition der Kennzahlen vgl. Anlage V

<sup>2</sup> ab dem Wirtschaftsjahr 2009 inklusive Überliegern

Wirtschaftsjahr		2010	2009	2008
<b>Kennzahlen zur Ertragslage</b>				
Jahresergebnis	TEUR	28	2.035	222
Betriebsergebnis	TEUR	2.335	6.468	2.216
Investitionsergebnis	TEUR	-2.543	-2.553	-2.596
Finanzergebnis	TEUR	-28	232	842
Umsatzerlöse	TEUR	101.998	103.625	98.364
Umsatzentwicklung <sup>1</sup>	%	0,6	5,3	3,6
Umsatzrentabilität <sup>1</sup>	%	0,0	2,0	0,2
Personalaufwand gesamt	TEUR	69.598	69.193	66.047
Personalaufwandsentwicklung <sup>1</sup>	%	0,6	4,8	9,9
Personalaufwandsquote <sup>1</sup>	%	68,3	66,8	67,1
Durchschnittlicher Personalaufwand je Vollkraft <sup>1</sup>	TEUR	54	54	52
Erlöse aus Krankenhausleistungen je Gesamtfallzahl <sup>2</sup>	EUR	3.201	3.152	3.125
Personalaufwand je Fall	EUR	2.432,48	2.391,91	2.373,23
Personalaufwand: Case-Mix	EUR	2.453,78	2.318,52	2.349,48
Durchschnittliche Zahl der Vollkräfte <sup>1</sup>	VK	1.285	1.278	1.260
Vollkräfte Ärztlicher Dienst	VK	205	201	197
Vollkräfte Pflegedienst	VK	435	434	430
Produktivität je Vollkraft <sup>1</sup>	TEUR	79	81	78
Vollkräfte je 1.000 stationäre Fälle <sup>1</sup>	VK	45	44	45
Vollkräfte Ärztlicher Dienst je 1.000 stationäre Fälle	VK	7	7	7
Vollkräfte im Pflegedienst je 1.000 stationäre Fälle	VK	15	15	16
durchschnittlicher Personaleinsatz (Stunden je Fall) <sup>1</sup>				
Ärztlicher Dienst		12,9	12,5	12,7
Pflegedienst		26,3	26,0	26,7
Materialaufwand	TEUR	27.645	26.318	24.114
Materialaufwandsentwicklung <sup>1</sup>	%	5,0	9,1	4,8
Materialaufwandsquote <sup>1</sup>	%	27,1	25,4	24,5
Medizinischer Bedarf je Fall	EUR	688,18	651,79	603,88
Medizinischer Bedarf : Case-Mix <sup>1</sup>	EUR	694,21	631,79	597,84

<sup>1</sup> zur Definition der Kennzahlen vgl. Anlage V

<sup>2</sup> Gesamtfallzahl = stationäre Fälle

Bilanzstichtag		31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
<b>Kennzahlen zur Vermögenslage</b>				
Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen)	TEUR	96.116	99.050	103.119
Rückstellungen	TEUR	14.589	15.448	14.194
Deckungsgrad des Anlagevermögens <sup>1</sup>	%	106,0	109,4	108,0
Eigenkapital	TEUR	26.628	27.873	25.838
Eigenkapitalquote <sup>1</sup>	%	79,7	81,6	82,6
Eigenkapitalrentabilität <sup>1</sup>	%	0,1	7,3	0,9
Wirtschaftsjahr		2010	2009	2008
<b>Kennzahlen zur Finanzlage (Liquiditätslage)</b>				
Finanzmittelfonds	TEUR	12.283	15.093	16.300
durchschnittlicher Finanzbedarf je Monat <sup>1</sup>	TEUR	8.850	8.743	8.386
Kapitalbindung Vorräte (medizinischer Bedarf) <sup>1</sup>	Tage	13,5	14,5	13,7
Kapitalbindung Leistungsforderungen <sup>1</sup>	Tage	42,9	43,1	35,6
Cashflow				
aus laufender Geschäftstätigkeit	TEUR	835	2.014	4.658
aus Investitionstätigkeit	TEUR	-3.645	-3.221	-3.084
Fremdkapitalquote bezogen auf das Gesamtkapital				
mit Rückstellungen	%	20,3	18,4	17,4
ohne Rückstellungen	%	8,9	6,7	6,9

<sup>1</sup> zur Definition der Kennzahlen vgl. Anlage V

## Ertragslage

Wir haben die Gewinn- und Verlustrechnung des Wirtschaftsjahres und des Vorjahres entsprechend den Vorgaben der dualen Krankenhausfinanzierung (§ 4 KHG) in ein Betriebsergebnis und ein Investitionsergebnis aufgeteilt. Darüber hinaus haben wir die Sondereinflüsse des Wirtschaftsjahres 2010 in einem neutralen Ergebnis zusammengefasst sowie die Zinserträge und Zinsaufwendungen in einem Finanzergebnis dargestellt.

	2010		Vorjahr		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Erlöse aus Krankenhausleistungen	91.588	84,2	91.187	83,3	401	0,4
Erlöse aus Wahlleistungen	65	0,1	55	0,1	10	18,2
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	8.723	8,0	8.765	8,0	-42	-0,5
Nutzungsentgelte der Ärzte	3.891	3,6	3.617	3,3	274	7,6
Bestandsveränderungen	-177	-0,2	246	0,2	-423	-172,0
Andere aktivierte Eigenleistungen	109	0,1	65	0,1	44	67,7
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	233	0,2	212	0,2	21	9,9
Sonstige betriebliche Erträge	4.394	4,0	5.266	4,8	-872	-16,6
<b>Betriebliche Erträge</b>	<b>108.826</b>	<b>100,0</b>	<b>109.413</b>	<b>100,0</b>	<b>-587</b>	<b>-0,5</b>
Personalaufwand	69.598	64,0	69.193	63,2	405	0,6
Materialaufwand	27.645	25,4	26.318	24,1	1.327	5,0
Instandhaltung	3.938	3,6	3.545	3,2	393	11,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.016	4,6	3.750	3,4	1.266	33,8
Steuern	294	0,3	139	0,1	155	111,5
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<b>106.491</b>	<b>97,9</b>	<b>102.945</b>	<b>94,0</b>	<b>3.546</b>	<b>3,4</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>2.335</b>	<b>2,1</b>	<b>6.468</b>	<b>6,0</b>	<b>-4.133</b>	<b>-63,9</b>
Erträge aus der Abwicklung von Investitionen	8.705	8,0	8.149	7,4	556	6,8
Aufwendungen aus der Abwicklung von Investitionen	2.335	2,1	1.756	1,6	579	33,0
Abschreibungen	8.913	8,2	8.946	8,1	-33	-0,4
<b>Investitionsergebnis</b>	<b>-2.543</b>	<b>-2,3</b>	<b>-2.553</b>	<b>-2,3</b>	<b>10</b>	<b>0,4</b>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-28</b>	<b>0,0</b>	<b>232</b>	<b>0,2</b>	<b>-260</b>	<b>-112,1</b>
<b>Neutrales Ergebnis</b>	<b>264</b>	<b>0,2</b>	<b>-2.112</b>	<b>-2,0</b>	<b>2.376</b>	<b>112,5</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>28</b>	<b>0,0</b>	<b>2.035</b>	<b>1,9</b>	<b>-2.007</b>	<b>-98,6</b>

Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2010 wird durch einen Rückgang des Betriebsergebnisses in Höhe von TEUR 4.133 und des Finanzergebnisses in Höhe von TEUR 260 sowie durch einen Anstieg des neutralen Ergebnisses in Höhe von TEUR 2.376 und des Investitionsergebnisses in Höhe von TEUR 10 beeinflusst.

Der Rückgang der betrieblichen Erträge um TEUR 587 (./ 0,5 %) ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen (+ TEUR 401), die Bestandsveränderung der unfertigen Leistungen (./ TEUR 177) und den Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge (./ TEUR 872) zurückzuführen.

Wesentlichen Bestandteil der Umsatzerlöse von TEUR 104.267 bilden die Erlöse aus Krankenhausleistungen, deren Zusammensetzung sich aus nachfolgender Tabelle ergibt:

	2010	Vorjahr	Veränderung	
	EUR	EUR	EUR	%
<b>Erlöse aus Krankenhausleistungen</b>				
Erlöse aus DRG nach KHEntgG	83.601.238,33	83.150.775,53	450.462,80	0,5
Erlöse aus bundeseinheitlichen Zusatzentgelten	2.031.460,01	1.987.506,44	43.953,57	2,2
Erlöse aus Zusatzentgelten und krankenhausindividuellen DRG	291.151,63	454.227,57	-163.075,94	-35,9
Vor- und nachstationäre Behandlung	1.315.876,65	1.052.776,63	263.100,02	25,0
Erlöse aus Zuschlägen für Ausbildungsstätten	1.060.364,55	1.096.161,97	-35.797,42	-3,3
Erlöse aus dem Zuschlag für Pflegemehrpersone	641.095,10	0,00	641.095,10	100,0
Erlöse aus Zuschlägen für Abschaffung AiP und Verbesserung der Arbeitszeitbedingungen	35.516,31	968.540,30	-933.023,99	-96,3
Erlöse aus übrigen Zu- und Abschlägen gemäß KHEntgG	-462.015,14	11.597,68	-473.612,82	-100,0
Erlöse aus dem Abschlag für Konvergenzverlängerung	-566,77	-231.418,72	230.851,95	99,8
Erlöse aus medizinisch begründeter Mitaufnahme von Begleitpersonen	107.415,00	93.690,00	13.725,00	14,6
Sonstige Entgelte	152.155,02	45.600,00	106.555,02	233,7
	<b>88.773.690,69</b>	<b>88.629.457,40</b>	<b>144.233,29</b>	<b>0,2</b>
<b>Zuführung von Rückstellungen/Verbindlichkeiten für Abrechnungsrisiken</b>	<b>-339.500,00</b>	<b>-260.000,00</b>	<b>-79.500,00</b>	<b>-30,6</b>
<b>Verrechnung vorgetragener Ausgleichsbeträge</b>				
nach § 4 Abs. 3 KHEntgG	499.353,00	0,00	499.353,00	100,0
nach § 5 Abs. 4 KHEntgG	299.292,00	0,00	299.292,00	100,0
nach § 5 Abs. 6 KHEntgG	83.547,00	0,00	83.547,00	100,0
nach § 17a Abs. 3 KHG	62.495,00	36.239,00	26.256,00	72,5
nach § 4 Abs. 10 KHEntgG	-355.166,00	0,00	-355.166,00	-100,0
nach § 15 Abs. 3 KHEntgG	-75.440,00	0,00	-75.440,00	-100,0
nach § 4 Abs. 13, 14 KHEntgG	-92.903,00	0,00	-92.903,00	-100,0
Sonstige Ausgleiche für frühere Jahre	0,00	709.051,00	-709.051,00	-100,0
nach § 6 Abs. 3 KHEntgG i. V. m. § 12 Abs. 2 BpflV, § 11 Abs. 8 BpflV a. F. für das Jahr 2008	0,00	173.400,11	-173.400,11	-100,0
nach § 15 Abs. 2 KHEntgG für das Jahr 2008	0,00	45.613,11	-45.613,11	-100,0
	<b>421.178,00</b>	<b>964.303,22</b>	<b>-543.125,22</b>	<b>-56,3</b>
<b>Ausgleichsbeträge für das Wirtschaftsjahr</b>				
nach § 4 Abs. 3 KHEntgG	399.105,00	135.594,00	263.511,00	194,3
nach § 4 Abs. 10 KHEntgG	69.237,00	355.166,00	-285.929,00	-80,5
nach § 15 Abs. 3 KHEntgG	47.236,00	232.745,00	-185.509,00	-79,7
nach § 17a Abs. 3 KHG	-36.479,00	-62.495,00	26.016,00	41,6
nach § 5 Abs. 4 KHEntgG	-16.225,00	-456.597,00	440.372,00	96,4
nach § 5 Abs. 6 KHEntgG	0,00	-83.647,00	83.647,00	100,0
nach § 4 Abs. 3 KHEntgG	0,00	-499.352,00	499.352,00	100,0
	<b>462.874,00</b>	<b>-378.586,00</b>	<b>841.460,00</b>	<b>222,3</b>
	<b>89.318.242,69</b>	<b>88.955.174,62</b>	<b>363.068,07</b>	<b>0,4</b>
Erlöse aus Pflegeleistungen	2.269.417,51	2.231.492,94	37.924,57	1,7
Erlöse aus Krankenhausleistungen gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	91.587.660,20	91.186.667,56	400.992,64	0,4

Die Erhöhung der Erlöse aus Krankenhausleistungen um TEUR 401 beruht vor allem auf der Budgetsteigerung im Vergleich zum Jahr 2009 um insgesamt TEUR 3.208. Diese ist einerseits auf die Erhöhung der vereinbarten Leistungen (inklusive Überlieger) von 29.570,485 Bewertungsrelationen um 488,192 auf 30.058,677 Bewertungsrelationen sowie andererseits auf den Anstieg des Landesbasisfallwertes von EUR 2.812,72 auf EUR 2.884,00 in 2010 (+ EUR 71,28) zurückzuführen. Desweiteren wirken sich folgende Sachverhalte der Entgeltvereinbarung aus:

- Rückgang erbrachter Leistungen im Ist (inklusive Überlieger) zum Vorjahr um 435,539 BWR
- Wegfall der Erlöse aus AZ-Bedingungen und AIP-Zuschlägen (TEUR 933)
- Wegfall des Abschlages für Mehrleistungen (TEUR 238)
- Wegfall des Konvergenzabschlages (TEUR 231)
- Realisierung Erlöse aus Zuschlag Pflegemehrpersonal (TEUR 641) für 2009 und 2010 anteilig
- Rückgang der Erlöse aus Zusatzentgelten nach § 6 KHEntgG TEUR 163
- Anstieg vor- und nachstationärer Erlöse um TEUR 263

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Kurzübersicht der Leistungsdaten:

		2010	Vorjahr	Veränderung
DRG-Fälle				
vereinbart	Anzahl	27.885	27.624	261
erzielt	Anzahl	28.612	28.259	353
DRG-Fälle (ohne Überlieger)				
vereinbart	Anzahl	27.573	27.334	239
erzielt	Anzahl	28.298	27.970	328
Summe der Bewertungsrelationen				
vereinbart	Anzahl	30.058,677	29.570,485	488,192
erzielt	Anzahl	29.408,070	29.843,614	-435,544
Summe der Bewertungsrelationen (ohne Überlieger)				
vereinbart	Anzahl	29.033,147	28.772,002	261,145
erzielt	Anzahl	28.363,661	29.044,039	-680,378
Case-Mix-Index				
vereinbart		1,078	1,070	0,008
erzielt		1,028	1,056	-0,028
Case-Mix-Index (ohne Überlieger)				
vereinbart		1,053	1,053	0,000
erzielt		1,002	1,038	-0,036
Erlösbudget nach § 4 Abs. 1 Satz 1 KHEntgG	TEUR	88.994	85.237	3.757
Vereinbartes Gesamtbudget ohne Ausgleiche	TEUR	90.726	87.518	3.208

Im Wirtschaftsjahr 2010 wurde mit den Kostenträgern ein Leistungsumfang von 30.058,677 Bewertungsrelationen (inklusive Überliegern) vereinbart. Die tatsächlich erbrachte Leistung lag mit 29.408,070 Bewertungsrelationen (inklusive Überliegern) um 650,607 Effektivgewichte unter-

halb der vereinbarten Mengen. Die daraus resultierenden Mindererlöse sind von den Kostenträgern in Höhe von 20 % auszugleichen.

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen (TEUR 8.723) sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 42 gesunken. Der Rückgang entfällt mit TEUR 73 auf die Erlöse aus ambulanten Operationen trotz gestiegener Fallzahlen. Gegenläufig entwickelten sich die Erlöse aus Institutsambulanzen um TEUR 49.

Die Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen um TEUR 177 resultiert einerseits aus einer geringeren Anzahl von Überliegern und andererseits dem gesunkenen Schweregrad der Fälle.

Die Verringerung der sonstigen betrieblichen Erträge um TEUR 872 gegenüber dem Vorjahr resultiert aus geringeren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (./ TEUR 904) und geringeren Erträgen aus Ausgleichen früherer Wirtschaftsjahre (./ TEUR 115). Gegenläufig wirkten sich höhere periodenfremde Erträge (+ TEUR 216) aus.

Den betrieblichen Erträgen in Höhe von insgesamt TEUR 108.826 stehen betriebliche Aufwendungen von TEUR 106.491 gegenüber, wodurch im Berichtsjahr ein positives Betriebsergebnis von TEUR 2.335 (Vorjahr: TEUR 6.468) erzielt wurde.

Mit anteilig 64,0 % bzw. 25,4 % beeinflussen die Personalaufwendungen und der Materialaufwand die betrieblichen Aufwendungen am nachhaltigsten.

Die Zusammensetzung der Personalkosten nach Dienstarten lässt sich folgender Tabelle entnehmen:

	2010			Vorjahr			Veränderung	
	Gesamt TEUR	Voll- kräfte (VK)	Durch- schnittl. Personal- kosten je VK	Gesamt TEUR	Voll- kräfte (VK)	Durch- schnittl. Personal- kosten je VK	Gesamt TEUR	Voll- kräfte (VK)
		Anzahl	TEUR		Anzahl	TEUR		Anzahl
Ärztlicher Dienst	19.130	204,7	93	18.640	200,7	93	490	4,0
Pflegedienst	21.385	434,8	49	21.198	434,0	49	187	0,8
Medizinisch-technischer Dienst	9.006	184,0	49	8.965	188,1	48	41	-4,1
Funktionsdienst	7.923	166,1	48	7.795	163,9	48	128	2,2
Klinisches Hauspersonal	1.452	53,5	27	1.489	55,2	27	-37	-1,7
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	3.317	80,8	41	3.177	77,6	41	140	3,2
Technischer Dienst	1.871	41,6	45	1.785	40,5	44	86	1,1
Verwaltungsdienst	4.645	92,3	50	4.384	90,7	48	261	1,6
Sonderdienst	748	15,9	47	725	15,8	46	23	0,1
Personal der Ausbildungsstätten	347	6,6	53	329	6,2	53	18	0,4
Sonstiges Personal	161	4,6	35	171	5,3	32	-10	-0,7
Nicht zurechenbare Personalkosten	-387	-	-	535	-	-	-922	-
<b>Gesamt</b>	<b>69.598</b>	<b>1.284,9</b>	<b>54</b>	<b>69.193</b>	<b>1.278,0</b>	<b>54</b>	<b>405</b>	<b>6,9</b>

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2009, insbesondere infolge tariflicher Entwicklungen und aufgrund der Erhöhung der Anzahl an Vollkräften um 6,9, um TEUR 405 gestiegen.

Mit Wirkung zum 1. Mai 2010 erfolgte die tarifliche Erhöhung der Tabellenentgelte um 2,0 % für die Ärzte im Tarifvertrag für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Kliniken im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (TV-Ärzte/VKA).

Zum 1. Januar 2010 fand des Weiteren in den sonstigen Dienstarbeitern eine tarifliche Erhöhung der Tabellenentgelte des TVöD-K um 1,2 % statt.

Die Materialaufwendungen haben sich im abgelaufenen Wirtschaftsjahr wie folgt entwickelt:

	2010	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
<b>Materialaufwand</b>				
<b>a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>				
Lebensmittel	1.342	1.300	42	3,2
Medizinischer Bedarf	17.264	16.984	280	1,6
Wasser, Energie, Brennstoffe	3.504	3.279	225	6,9
Wirtschaftsbedarf	518	455	63	13,8
	<b>22.628</b>	<b>22.018</b>	<b>610</b>	<b>2,8</b>
<b>b) Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>				
Medizinischer Bedarf	2.426	1.871	555	29,7
Wirtschaftsbedarf	2.591	2.429	162	6,7
	<b>5.017</b>	<b>4.300</b>	<b>717</b>	<b>16,7</b>
	<b>27.645</b>	<b>26.318</b>	<b>1.327</b>	<b>5,0</b>

Die Zunahme der Materialaufwendungen um insgesamt TEUR 1.327 zum Vorjahr ist im Wesentlichen durch die um TEUR 835 gestiegenen Aufwendungen des medizinischen Bedarfs beeinflusst. Zusätzlich trägt zum Anstieg der Materialaufwendungen die Zunahme der Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe um TEUR 225 und des Wirtschaftsbedarfs um TEUR 225 bei.

Der Anstieg der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe des medizinischen Bedarfs ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung der Aufwendungen für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel (+ TEUR 225) sowie der Aufwendungen für Röntgenbedarf der Nuklearmedizin durch den erstmalig ganzjährigen Einsatz des PET/CT (+ TEUR 121) – Inbetriebnahme erstmals im Juli 2009 – zurückzuführen. Gegenläufig entwickelten sich insbesondere Aufwendungen des Dialysebedarfs (./ TEUR 90) sowie Aufwendungen für Blut, Blutkonserven und Blutplasma (./ TEUR 170). Der Rückgang der Aufwendungen ist mit außergewöhnlich hohen Aufwendungen für Einzelpersonen in 2009 begründet.

Die Erhöhungen im Bereich der Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe beruhen auf gestiegenen Aufwendungen für Energie durch Preis- und Verbrauchserhöhungen (+ TEUR 217) sowie auf erhöhten Aufwendungen für Wasser und Abwasser ebenfalls in Verbindung mit einem Verbrauchsanstieg.

Der Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen des medizinischen Bedarfs um TEUR 555 gegenüber dem vorangegangenen Wirtschaftsjahr ist im Wesentlichen auf gestiegene Aufwendungen für Honorare der nicht im Krankenhaus angestellten Ärzte zurückzuführen. Grund hierfür ist die schwierige Personalsituation im ärztlichen Dienst, welche dazu führt, dass Vertretungen durch externe Ärzte übernommen werden. Maßgeblich wirkten sich im Wirtschaftsjahr zudem Abgänge in Führungspositionen im ärztlichen Dienst aus, die kompensiert werden mussten.

Der Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen des Wirtschaftsbedarfs (+ TEUR 162) ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Aufwendungen für bezogene Leistungen für Fremdreinigung (+ TEUR 97) und Wäschereinigung (+ TEUR 22) zurückzuführen. Die Fremdreinigung wird seit dem 1. Januar 2009 durch das Medizinische Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums Dessau gGmbH, Dessau-Roßlau, erbracht.

Die Erhöhung der Aufwendungen für Instandhaltung um TEUR 393 resultiert in Höhe von TEUR 282 aus höheren Wartungskosten und höheren Aufwendungen für die Instandhaltung von Medizintechnik um TEUR 122.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.266 angestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Forderungsverluste bzw. der Aufwendungen zur Bildung von Einzelwertberichtigungen (+ TEUR 417) sowie höherer Aufwendungen aus Ausgleichen für frühere Wirtschaftsjahre (+ TEUR 381) und gestiegener periodenfremder Aufwendungen (+ TEUR 258).

Der Anstieg der Steueraufwendungen um TEUR 155 gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Ergebnisse aus wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben zurückzuführen.

Das Finanzergebnis ist im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2009 um TEUR 260 rückläufig. Der Rückgang beruht einerseits auf dem geringeren jahresdurchschnittlichen Bestand an liquiden Mitteln und einer niedrigeren Verzinsung der Bankguthaben des Eigenbetriebs sowie andererseits auf Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der verpflichtenden Anwendung des BilMoG (TEUR 139).

Das neutrale Ergebnis beinhaltet ausschließlich außerordentliche Erträge (TEUR 409) und Aufwendungen (TEUR 146) aus der Umstellung der Bilanzierung auf BilMoG zum 1. Januar 2010 – infolge der geänderten Bewertung von Rückstellungen. Im Vorjahr wurden im neutralen Ergebnis Aufwendungen aus der Zuführung zu der Rückstellung für mittelbare Pensionsverpflichtungen ausgewiesen. Für weitere Informationen verweisen wir auf unsere Erläuterungen zu den sonstigen Rückstellungen.

## Vermögenslage

Nachfolgend erläutern wir den Vermögens- und Kapitalaufbau des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2010 anhand zusammengefasster Bilanzzahlen.

	31.12.2010		Vorjahr		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	399	0,8	277	0,6	122	44,0
Sachanlagen	95.717	184,8	98.773	191,7	-3.056	-3,1
Finanzanlagen	55	0,1	55	0,1	0	0,0
Sonderposten	75.264	145,3	80.480	156,2	-5.216	-6,5
<b>Anlagevermögen abzüglich Sonderposten</b>	<b>20.907</b>	<b>40,4</b>	<b>18.625</b>	<b>36,2</b>	<b>2.282</b>	<b>12,3</b>
Vorräte	2.319	4,5	2.487	4,8	-168	-6,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.268	23,6	12.234	23,7	34	0,3
Übrige Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	3.936	7,6	3.025	5,9	911	30,1
Flüssige Mittel	12.283	23,7	15.093	29,3	-2.810	-18,6
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>30.806</b>	<b>59,4</b>	<b>32.839</b>	<b>63,7</b>	<b>-2.033</b>	<b>-6,2</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>82</b>	<b>0,2</b>	<b>63</b>	<b>0,1</b>	<b>19</b>	<b>30,2</b>
<b>Betriebsvermögen</b>	<b>51.795</b>	<b>100,0</b>	<b>51.527</b>	<b>100,0</b>	<b>268</b>	<b>0,5</b>
Eigenkapital	26.628	51,4	27.873	54,1	-1.245	-4,5
Ausgleichsposten	752	1,5	751	1,5	1	0,1
<b>Eigenkapital und Ausgleichsposten</b>	<b>25.876</b>	<b>49,9</b>	<b>27.122</b>	<b>52,6</b>	<b>-1.246</b>	<b>-4,6</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>14.589</b>	<b>28,2</b>	<b>15.448</b>	<b>30,0</b>	<b>-859</b>	<b>-5,6</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>11.327</b>	<b>21,9</b>	<b>8.956</b>	<b>17,4</b>	<b>2.371</b>	<b>26,5</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>3</b>	<b>0,0</b>	<b>1</b>	<b>0,0</b>	<b>2</b>	<b>200,0</b>
<b>Betriebskapital</b>	<b>51.795</b>	<b>100,0</b>	<b>51.527</b>	<b>100,0</b>	<b>268</b>	<b>0,5</b>

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2.934 verringert. Ursächlich für diese Entwicklung sind Abschreibungen in Höhe von TEUR 8.913, welche die Investitionen des Wirtschaftsjahres in Höhe von TEUR 5.983 übersteigen. Daneben sind Abgänge in Höhe von TEUR 4 zu verzeichnen.

Wesentliche Investitionen des Berichtsjahres waren Investitionen in Verbindung mit dem begonnenen 5. Bauabschnitt des Ersatzneubaus (TEUR 2.236) in Einrichtungen und Ausstattungen (TEUR 2.778).

Das Anlagevermögen inklusive Finanzanlagen nach Finanzierungsarten hat sich im Wirtschaftsjahr wie folgt entwickelt:

Finanzierungsart	Vortrag EUR	Zugang EUR	Umfinan- zierung EUR	Abgang EUR	Abschrei- bung EUR	Stand 31.12.2010 EUR
gefördert nach § 9 Abs. 1 KHG	71.097.607,00	25.046,48	42.599,87	6,00	5.074.229,00	66.091.018,35
gefördert nach § 9 Abs. 3 KHG	5.292.420,95	1.288.520,00	0,00	122,57	1.331.420,00	5.249.398,38
gefördert durch Zuschüsse der öffentlichen Hand	4.089.283,73	0,00	0,00	0,00	166.329,00	3.922.954,73
finanziert durch Spenden und Zuwendungen Dritter	909,63	0,00	0,00	0,00	361,00	548,63
finanziert aus Pflegesatz bzw. Eigenmitteln	18.625.240,83	4.669.804,25	-42.599,87	4.174,85	2.341.012,00	20.907.258,36
	99.105.462,14	5.983.370,73	0,00	4.303,42	8.913.351,00	96.171.178,45

Die Verminderung der Vorräte um TEUR 168 ist im Wesentlichen auf einen mengenbedingten Rückgang der unfertigen Leistungen zurückzuführen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 34 auf insgesamt TEUR 12.268 angestiegen. Diese Zunahme ist stichtagsbezogen und vor allem auf die gestiegenen Forderungen gegen die Kostenträger (TEUR 396) aufgrund eines im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2009 höheren Zahlbasisfallwertes zurückzuführen. Desweiteren sind im Vergleich zum Vorjahr höhere Forderungen aus ambulanten Leistungen und Selbstzahler zu verzeichnen. Gegenläufig wirkten sich insbesondere höhere Einzelwertberichtigungen auf Forderungen um insgesamt TEUR 518 aus.

Wesentliche Ursache der um TEUR 911 gestiegenen übrigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände ist der Anstieg der Forderungen aus der Förderung der Maßnahme „Verlegung Labor und Zytostatikaherstellung in Wirtschaftsgebäude“ nach Art. 14 Abs. 1 GSG (+ TEUR 844) sowie gestiegenen Forderungen aus der Kooperation mit der nephrologischen Gemeinschaftspraxis (+ TEUR 358) sowie Forderungen aus der ambulanten Abrechnung (+ TEUR 100). Gegenläufig entwickelten sich hauptsächlich die Forderungen an den Krankenhausträger um TEUR 210 aus der Umsatzsteuer.

Die Forderungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz betreffen Ausgleichsforderungen des Klinikums für das Wirtschaftsjahr 2010.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Ansprüche und Verpflichtungen:

	Vortrag EUR	Verrechnung vorgetragener Ausgleiche über das Budget 2010 EUR	Nicht berück- sichtigte Ausgleiche für Vorjahre EUR	Zuführung EUR	Stand 31.12.2010 EUR
<b>Forderungen</b>					
<b>Ausgleiche Vorjahre</b>					
<b>2006</b>					
nach § 4 Abs. 9 KHEntg	0,00	0,00	0,00	47.458,00	47.458,00
<b>2007</b>					
nach § 4 Abs. 9 KHEntg	0,00	0,00	0,00	51.345,00	51.345,00
<b>2009</b>					
nach § 4 Abs. 10 KHEntg	355.166,00	355.166,00	0,00	0,00	0,00
nach § 15 Abs. 3 KHEntg	232.745,00	75.440,00	157.305,00	0,00	0,00
nach § 4 Abs. 13, 14 KHEntg	135.594,00	92.903,00	42.691,00	0,00	0,00
<b>Ausgleiche Berichtsjahr</b>					
nach § 4 Abs. 3 KHEntg	0,00	0,00	0,00	399.105,00	399.105,00
nach § 4 Abs. 10 KHEntg	0,00	0,00	0,00	69.237,00	69.237,00
nach § 15 Abs. 3 KHEntg	0,00	0,00	0,00	47.236,00	47.236,00
	<b>723.505,00</b>	<b>523.509,00</b>	<b>199.996,00</b>	<b>614.381,00</b>	<b>614.381,00</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>					
<b>Ausgleiche Vorjahre</b>					
<b>2006</b>					
§ 6 Abs. 1 KHEntg	0,00	0,00	0,00	73.929,00	73.929,00
<b>2007</b>					
§ 6 Abs. 1 KHEntg	0,00	0,00	0,00	107.201,00	107.201,00
<b>2009</b>					
nach § 4 Abs. 3 KHEntg	499.352,00	499.353,00	-1,00	0,00	0,00
nach § 5 Abs. 4 KHEntg	456.597,00	299.292,00	157.305,00	0,00	0,00
nach § 5 Abs. 6 KHEntg	83.647,00	83.547,00	100,00	0,00	0,00
nach § 17a Abs. 3 KHG	62.495,00	62.495,00	0,00	0,00	0,00
<b>Ausgleiche Berichtsjahr</b>					
nach § 17a Abs. 3 KHG	0,00	0,00	0,00	36.479,00	36.479,00
nach § 5 Abs. 4 KHEntg	0,00	0,00	0,00	16.225,00	16.225,00
	<b>1.102.091,00</b>	<b>944.687,00</b>	<b>157.404,00</b>	<b>233.834,00</b>	<b>233.834,00</b>
<b>Gesamtforderung (+)/-verpflichtung (-)</b>	<b>-378.586,00</b>	<b>-421.178,00</b>	<b>42.592,00</b>	<b>380.547,00</b>	<b>380.547,00</b>

Zur Veränderung der liquiden Mittel (./ TEUR 2.810) verweisen wir auf die Finanzlage in Anlage IV zu diesem Bericht.

Der Rückgang des Eigenkapitals um TEUR 1.245 ist auf den Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2010 mit TEUR 28, der Einstellung in die Gewinnrücklagen mit TEUR 5 und der Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 1.278 zurückzuführen.

Der Rückgang des Sonderpostens um TEUR 5.216 beruht hauptsächlich auf den Abschreibungen für gefördertes Anlagevermögen in Höhe von TEUR 6.572. Dem gegenüber stehen im Berichtsjahr durch Pauschalförderungsmittel finanzierte Zugänge in Höhe von TEUR 1.289.

Die Entwicklung der Rückstellungen wird in nachfolgender Tabelle dargestellt.

	Stand 1.1.2010 EUR	Anpassung BilMoG EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	Auf-/ Abzinsung EUR	Stand 31.12.2010 EUR
<b>Steuerrückstellungen</b>	130.000,00	0,00	101.164,00	28.836,00	130.000,00	0,00	130.000,00
<b>Sonstige Rückstellungen</b>							
<b>Personalkosten</b>							
Mittelbare Pensionsverpflichtungen	7.272.000,00	-404.710,00	579.401,00	0,00	0,00	95.544,00	6.383.433,00
Altersteilzeit	3.675.681,00	74.726,97	986.210,80	0,00	1.056.615,00	34.195,02	3.855.007,19
Überstunden/Zeitguthaben	1.011.523,92	0,00	1.011.523,92	0,00	874.387,92	0,00	874.387,92
Leistungsentgelt nach § 18 TVöD	369.380,76	0,00	0,00	0,00	169.876,68	0,00	539.257,44
Resturlaubsansprüche	482.325,17	0,00	467.671,62	0,00	425.844,66	0,00	440.498,21
Gewinnbeteiligung leitender Angestellter	221.690,92	0,00	221.690,92	0,00	253.908,19	0,00	253.908,19
Jubiläumsleistungen	166.272,10	-4.477,49	20.650,00	0,00	13.500,00	8.881,37	163.525,98
Interne Jahresabschlusskosten	36.650,00	0,00	36.650,00	0,00	36.650,00	0,00	36.650,00
Nachzahlungen Arbeitsentgelt	109.248,28	0,00	0,00	109.248,28	0,00	0,00	0,00
	13.344.772,15	-334.460,52	3.323.798,26	109.248,28	2.830.782,45	138.620,39	12.546.667,93
<b>Übrige</b>							
Unterlassene Instandhaltung	659.792,40	-4.500,00	1.750,00	0,00	16.449,88		669.992,28
Verzinsung Fördermittel	498.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	498.000,00
Archivierungskosten	300.000,00	70.785,38	35.617,08	0,00	8.799,38	822,83	344.790,51
Abrechnungsrisiken	260.000,00	0,00	260.000,00	0,00	284.500,00	0,00	284.500,00
Prozessrisiken	206.000,00	0,00	7.344,67	142.655,33	0,00	0,00	56.000,00
Rechts- und Beratungskosten	39.000,00	0,00	39.000,00	0,00	39.000,00	0,00	39.000,00
Sonstige Verpflichtungen	10.287,07	0,00	4.287,07	6.000,00	20.058,25	0,00	20.058,25
	1.973.079,47	66.285,38	347.998,82	148.655,33	368.807,51	822,83	1.912.341,04
	15.317.851,62	-268.175,14	3.671.797,08	257.903,61	3.199.589,96	139.443,22	14.459.008,97
<b>Rückstellungen</b>	15.447.851,62	-268.175,14	3.772.961,08	286.739,61	3.329.589,96	139.443,22	14.589.008,97

Die Steuerrückstellung in Höhe von TEUR 130 betrifft die Bildung einer Rückstellung in Höhe der voraussichtlich für das Wirtschaftsjahr 2010 anfallenden Steuerbelastung für die wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe.

Die zusätzliche Altersversorgung wird über die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen-Anhalt (KVSA) abgewickelt. Diese erhebt Umlagen (Sanierungsgelder) in Höhe von 1,5 %, um Versorgungszusagen aus Vorjahren, für die die KVSA keine ausreichenden Rücklagen gebildet hat, erfüllen zu können. Aus diesem Grund wurde zum 31. Dezember 2007 der voraussichtliche Gesamtbetrag der bis zur Ausfinanzierung dieser Versorgungslücke noch zu zahlenden Sanierungsgelder in Form einer Rückstellung für mittelbare Pensionsverpflichtungen in der Bilanz berücksichtigt. Hierbei wurde mit einer Ausfinanzierung der Rücklagen innerhalb von sechs Jahren gerechnet. Zugrunde gelegt wurde der 2007 gezahlte Sanierungsbetrag von ca. TEUR 820. Im Wirtschaftsjahr 2008 erfolgte eine Preisanpassung auf den gültigen Sanierungsbeitrag in Höhe von TEUR 860. Aufgrund neuer Informationen des KVSA wird die Ausfinanzierung der Versorgungslücke durch die aktuell vergleichsweise niedrigen Kapitalmarktzinsen einen längeren Zeitraum als sechs Jahre andauern. Aus diesem Grund wurde im Wirtschaftsjahr 2009 mit einer Amortisationsdauer von acht Jahren kalkuliert. Darüber hinaus erfolgte eine Preisanpassung an den Sanierungsbeitrag des Wirtschaftsjahres 2009 in Höhe von TEUR 909. Im Wirtschaftsjahr 2010 erfolgte zum 1. Januar die Bewertungsänderung aufgrund der verpflichtenden

Anwendung von BilMoG mit einem Bewertungseffekt infolge der Abzinsung der langfristigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 405, die als außerordentlicher Ertrag ausgewiesen wurden, sowie eine weitere Preisanpassung an den Sanierungsbeitrag des Wirtschaftsjahres 2010 (TEUR 916). Die Rückstellung beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 6.383.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich im Vorjahresvergleich um TEUR 2.371. Der Anstieg entfällt hauptsächlich auf die Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger (+ TEUR 1.561), die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (+ TEUR 424), die sonstigen Verbindlichkeiten (+ TEUR 239) sowie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+ TEUR 200). Gegenläufig entwickelten sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger resultiert aus der Beschlussfassung des Stadtrates der Stadt Dessau-Roßlau zur Auskehrung eines Betrages in Höhe von TEUR 1.278 aus der Kapitalrücklage des Eigenbetriebes. Daneben ist ein Anstieg der Verbindlichkeiten aus Steuern zu verzeichnen.

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht zum Vorjahr beruht aus der Einstellung der Verbindlichkeit (TEUR 844) für die Förderung der Maßnahme „Verlegung Labor und Zytostatikaherstellung in Wirtschaftsgebäude“ nach Art. 14 Abs. 1 GSG. Gegenläufig wirkten sich insbesondere die gegenüber dem Vorjahr verringerten Ausgleichsverbindlichkeiten nach dem KHEntgG aus.

Der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten entfällt vorwiegend auf die Einstellung einer Verbindlichkeit aus der Erhöhung der Vorauszahlung für Ertragsteuern des Wirtschaftsjahres (+ TEUR 183), der Zunahme der Verbindlichkeiten aus Sicherheitseinbehalten (+ TEUR 30) sowie dem Anstieg der kreditorischen Debitoren.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Vergleich zum Vorjahr ist stichtagsbedingt und steht auch im Zusammenhang mit den durchgeführten Investitionsmaßnahmen.

## Finanzlage

Zur Darstellung von Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Entwicklung der finanziellen Lage während des abgelaufenen Wirtschaftsjahres haben wir die nachstehende komprimierte Fassung der Kapitalflussrechnung nach DRS 2 herangezogen.

	2010 TEUR	Vorjahr TEUR
Jahresüberschuss	+28	+2.035
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	+8.913	+8.946
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-859	+1.253
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-6.572	-6.836
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-1	0
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-796	-3.080
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	122	-304
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>+835</b>	<b>+2.014</b>
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen (+)	1.356	+1.740
Einzahlungen aus Anlagenabgängen (+)	5	0
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Fördermitteln	977	-83
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	-5.983	-4.878
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-3.645</b>	<b>-3.221</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-2.810	-1.207
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	15.093	16.300
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>12.283</b>	<b>15.093</b>

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

	2010 TEUR	Vorjahr TEUR	Verän- derung TEUR
Kasse	23	24	-1
Guthaben bei Kreditinstituten	12.260	15.069	-2.809
	12.283	15.093	-2.810



### Definition der Kennzahlen

Bezeichnung der Kennzahl		Berechnung der Kennzahl
Gesamtfallzahl	=	abgerechnete DRG-Fallpauschalen (einschl. Überlieger) + Fallzahl nach Definition BPfIV
Pflegetage	=	Summe der Mitternachtsbestände der Belegung
Verweildauer	=	Pflegetage Fallzahl
Case-Mix (CM)	=	Summe der mit den Relativgewichten gewichteten Fälle, auch Summe der Bewertungsrelationen genannt
Case-Mix-Index (CMI)	=	Summe der Bewertungsrelationen dividiert durch die Fallzahl, die der Summe der Bewertungsrelationen zugrunde liegt
Nutzungsgrad	=	Pflegetage x 100 Anzahl der Planbetten x Tage des Jahres
Vereinbartes DRG-Budget (ohne Ausgleich)	=	DRG-Erlösbudget + / ./ Ausgleich für Vorjahre
Fälle Ambulantes Operieren	=	abgerechnete OP-Eingriffe
Umsatzerlöse	=	Erlöse aus Krankenhausleistungen + Erlöse aus Wahlleistungen + Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses + Nutzungsentgelte der Ärzte
Umsatzentwicklung	=	(Umsatzerlöse lfd. Jahr ./ Umsatzerlöse Vorjahr) x 100 Umsatzerlöse Vorjahr
Personalaufwandsentwicklung	=	(Personalaufwand lfd. Jahr ./ Personalaufwand Vorjahr) x 100 Personalaufwand Vorjahr
Vollkraft	=	Ein Mitarbeiter, der im Geschäftsjahr seine Regelarbeitsleistung das gesamte Jahr voll erbringt, zählt als 1 Vollkraft (Teilzeitbeschäftigte und nicht das ganze Jahr Beschäftigte werden anteilig berücksichtigt).

Bezeichnung der Kennzahl	Berechnung der Kennzahl
Produktivität (je Vollkraft)	= $\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Vollkräfte}}$
Vollkräfte je 1.000 stationäre Fälle	= $\frac{\text{Durchschnittliche Zahl der Vollkräfte}}{\text{Gesamtfallzahl (stationäre Fälle)} \cdot 1000}$
durchschnittlicher Personaleinsatz (Stunden je Fall)	= $\frac{\text{Arbeitstage pro Jahr} \times (1 - \text{Ausfallzeit in \%}) \times \text{Std. pro AT X VK}}{\text{Gesamtfallzahl (stationäre Fälle)}}$
Personalaufwandsquote	= $\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$
Materialaufwandsentwicklung	= $\frac{(\text{Materialaufwand lfd. Jahr} \div \text{Materialaufwand Vorjahr}) \times 100}{\text{Materialaufwand Vorjahr}}$
Materialaufwandsquote	= $\frac{\text{Materialaufwand} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$
Deckungsgrad des Anlagevermögens	= $\frac{\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten}}{\text{Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen)}}$
Umsatzrentabilität	= $\frac{\text{Jahresergebnis} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$
Eigenkapitalrentabilität	= $\frac{\text{Jahresergebnis} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$
Eigenkapitalquote	= $\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
durchschnittlicher Finanzbedarf je Monat	= $\frac{\text{Personalaufwand} + \text{Materialaufwand} + \text{sonstiger betrieblicher Aufwand}}{12}$
Kapitalbindung Vorräte (medizinischer Bedarf)	= $\frac{\text{Vorräte medizinischer Bedarf} \times \text{Tage des Jahres}}{\text{Aufwand medizinischer Bedarf (bezogen auf Vorräte einschließlich Stationsbestände)}}$
Kapitalbindung Leistungsforderungen	= $\frac{\text{Forderungen aus Lieferungen und Leistungen} \times \text{Tage des Jahres}}{\text{Umsatzerlöse}}$
Finanzmittelfonds	= $\frac{\text{Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten}}{\text{Bilanzsumme}}$
Fremdkapitalquote	= $\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Bilanzsumme}}$

# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für

### Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

#### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

#### 2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

#### 3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

#### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

#### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

#### 6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

#### 7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

#### 8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

#### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlussfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

## 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

## 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

## 12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

## 13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

## 14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

## 16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

## SONDERBEDINGUNGEN FÜR DIE ERHÖHUNG DER HAFTUNG IM RAHMEN DER ALLGEMEINEN AUFTRAGSBEDINGUNGEN VOM 1. JANUAR 2002

---

An die Stelle der in Nr. 9 Abs. 2 der beiliegenden Allgemeinen Auftragsbedingungen genannten Beträge von EUR 4 Mio. bzw. EUR 5 Mio. tritt einheitlich der Betrag von EUR 5 Mio.

Falls nach Auffassung des Auftraggebers das voraussehbare Vertragsrisiko EUR 5 Mio. nicht unerheblich übersteigt, ist die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf Verlangen des Auftraggebers bereit, bei Möglichkeit einer Höherversicherung bei einem deutschen Berufshaftpflichtversicherer dem Auftraggeber eine entsprechend höhere Haftungssumme anzubieten, wobei über einen dadurch entstehenden Prämienmehraufwand noch eine gesonderte Vereinbarung zwischen dem Auftraggeber und der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu treffen wäre.

Die vorstehenden Regelungen finden keine Anwendung, soweit für eine berufliche Leistung, insbesondere bei einer gesetzlichen Prüfung, eine höhere oder niedrigere Haftungssumme gesetzlich bestimmt ist. Hier muss es bei der gesetzlichen Haftungsregelung bleiben.

Bei Zusammentreffen mehrerer Schadensursachen haftet die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Rahmen der erhöhten Haftungssumme nur in dem Maße, in dem ein Verschulden ihrerseits oder ihrer Mitarbeiter im Verhältnis zu anderen Ursachen an der Entstehung des Schadens mitgewirkt hat; dies gilt insbesondere in jedem Falle der gemeinschaftlichen Auftragsdurchführung mit anderen Berufsangehörigen. Wird im Einvernehmen mit dem Auftraggeber zur Auftragsdurchführung ein Dritter eingeschaltet, so haftet die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nur für ein Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

BDO AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft